

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die hochgepatente Kolonien-
 zeile ober deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 16. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Feinde des Reichstags-Wahlrechts.

Auch wenn die konservative Reaktion sich gegenwärtig mit einiger Vorsicht fernhält, ihre Wünsche auf Beseitigung des verhassten Reichstags-Wahlrechts zu äußern, so ist das Bestehen dieser Wünsche dennoch genugsam bekannt und man ist sich klar, daß die Konservativen gierig auf die erste Gelegenheit, die sich ihnen zur Durchführung ihres sehnsüchtigsten Verlangens bieten könnte, stürzen würden. Dann und wann aber vergißt doch ein konservatives Blatt die erforderliche Vorsicht und bestärkt jene heimlichen Hoffnungen konservativer Politik. So giebt jetzt in einer Polemik gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“ das „Vaterland“, das offiziöse Organ der sächsischen Konservativen, folgende Bekundung ihres Hasses gegen das Reichstags-Wahlrecht:

„Wir können der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ weiter die bündige Versicherung geben, daß uns der Protest des werthvollen Volkes (gegen das sächsische Dreiklassen-Wahlrecht) völlig kalt läßt, da wir wissen, daß er nur von einigen Schreibern ausgeht und von Armen im Geiste, denen ein eignes Urtheil fehlt, aufgenommen wird. Von Angst haben wir bisher auch nirgends in konservativen Kreisen etwas verspürt, im Gegentheil sieht man hier mit dem „Mute der Kaltblütigkeit“ und der Erwartung in die Zukunft, daß das Beispiel Sachsens auch nachwärts Nachahmung finden und durch Abänderung des Reichstags-Wahlrechts der volksverheerenden Agitation der Unsturzmänner der Boden entzogen werde.“

Dieses Votum einer schönen konservativen Seele verdient sorgfältige Aufbewahrung und wird in künftigen Wahlkämpfen gute Dienste leisten.

Necht drollig paßt es sich übrigens, daß, gerade da das „Vaterland“ von „einigen Schreibern und Armen im Geiste“ spricht, die sich gegen die sächsische Wahlrechtsetzung protestierend erheben, ein sächsisches Amtsblatt den Anspruch erhebt, zu diesen Schreibern und Geistesarmen gezählt zu werden. Das Amtsblatt für Bückeburg wendet sich gegen das sächsische Klassenwahlrecht und führt aus:

„Die Schädlichkeit des Gesetzes liegt vor allem darin, daß es mehr als seinen Zweck, das Ueberwachen der Socialdemokratie im Landtage zu hindern, erfüllt hat, daß es mit den Notizen und Launen der lokalen sächsischen Staatsangehöriger wahlrechtslos gemacht hat und sie jeglichen Einflusses auf die Wahlen des zu Wählenden und somit auf den Gang der Staatsgeschäfte beraubt. Mit dieser Wahlrechtsetzung Laufender nicht socialistischer Bürger geht Hand in Hand die übergroße Bevorzugung der großen Steuerzahler, die dem plutokratischen Charakter des Gesetzes gemäß nahezu allein den Ausschlag geben. Hierzu kommt noch die außerordentliche Verschärfung der Klassenlage in den einzelnen Wahlkreisen, die in dem einen Kreise jemand in die dritte Klasse stellt, der anderwärts, wo weniger große Einkommen vorhanden sind, unter Umständen mit dem gleichen Steuerfusse in der ersten Klasse wählt. Diese Verschärfung auch des sekundären Ansehens der Person, diese Herabwürdigung des Stadtbewohners gegenüber dem Landbewohner hinsichtlich der Geltung im wahlrechtlichen Sinne, bedeutet eine Bevorzugung, die sich durch nichts als den notwendigen übereinstimmenden Modus rechtfertigen läßt. Das schlimmste aber, was das Wahlgesetz gezeitigt hat, ist die Teilnahmlosigkeit der weitesten Kreise gegenüber dem Wahlgeschäft.“

Das „Bückeburger Amtsblatt“ kommt dann zu dem Schlusse, daß Regierung wie Landtag gut thun würden, sobald als möglich an eine Revision des Wahlgesetzes heranzugehen.

So breitet sich in Sachsen die Abneigung gegen das Reichstags-Wahlrecht immer weiter aus und fröhlich ein bis in die „patriotischen Kreise“. Wie lange die sächsischen Konservativen gegenüber dieser Volksstimmung den „Mute der Kaltblütigkeit“ bewahren werden und bewahren können, wird sich in nicht ferner Zukunft erweisen.

Wenn aber die Wahlrechtsetzung in Sachsen als leuchtendes Beispiel für das Reich aufgestellt wird, so läßt sich die sächsische Reaktion gewaltig über die Wirkung ihres brutalen und zugleich bodenlos dummen Streiches. Die sächsische Wahlrechtsetzung ist für alle Zeit ein aufrüttelndes Alarmsignal für das deutsche Volk geworden, auf der Hut zu sein vor den dunklen Plänen gegen das Reichstags-Wahlrecht. Durch jenen Streich hat sich die konservative Reaktion demaskiert und das Volk erkennt sie in ihrer abscheulichen Gemeingefährlichkeit. Und eine weitere Folge der sächsischen Wahlrechtsetzung ist gewesen, daß auch in anderen Bundesstaaten, auf denen das Dreiklassen-Wahlrecht lastet, der Kampf gegen dieses ungeheure Unrecht eröffnet wurde und mit nachhaltiger Zähigkeit geführt werden wird. So wird sich die sächsische Reaktion, diese gefährlichste, heimlichste und tödlichste aller deutschen Reaktionen, als die Kraft erweisen, die das Böse wollte, aber Gutes schaffte.

Verstadtdlichung des Grundkredits.

Es wird uns geschrieben:

Der Zusammenbruch von Hypothekendarlehen ist eine Begleiterscheinung der gegenwärtigen, wie früherer Krisen. Im Anfang der achtziger Jahre brach — ein verspätetes Opfer der Dauerkrise, die 1873 begann — die Gotthard-Grundkreditbank zusammen, weil sie sich in Hannover und Berlin mit großen Grundstückspekulationen eingelassen hatte. Die Bank ist damals unter erheblichen Verlusten der Aktionäre und Gläubiger saniert worden, und es scheint, daß sie wirklich ganz ausgeheilt ist. Dazu gehört aber eine gründliche Kur, und vielleicht wäre auch sie mißlungen, wenn nicht die lange Dauer der Geschäftsstille die neuen Leiter vor der Versuchung bewahrt hätte, auch wieder zu neuen Terrainspekulationen überzugehen und mit dem Gewinn daraus die alten Löcher schneller zu stopfen. Die „Sanierungen“ sind selten gründlich; meistens bleibt die betreffende Bank, auch wenn sie eine ganze Reihe von Millionen auf

Kosten ihrer Aktionäre und Gläubiger hat abschreiben können und neues Kapital — meistens auch auf Kosten der Verfallsträger — aufgenommen hat, mit großen Terrains oder ertraglosen Grundstücken belastet und mit dem städtischen Terrainmarkt und seinen ungeheuerlichen Preisschwankungen verquillt. Kommt ein neuer Aufschwung, eine jener verrückten Spekulationsperioden, die allen Maßstab für die Werte und Preise über den Haufen werfen, dann erlebt das Institut einen Rückfall. Das Fieber erfährt auch die neuen Direktoren, bis auch der Krach in verklärterer Auflage wieder hereinbricht.

Dies ist der Fall bei der Pommerschen Hypothekendarlehenbank, deren Zusammenbruch gegenwärtig in der Behandlung der Specialisten für diese Art Krisen sich befindet. Die Bank ist ursprünglich als ländliche Kreditbank in Köslin gegründet — die pommerschen Agrarier verstehen sich belamulich auch auf die Grunderei; Fürst Walli Quitus, der jetzt wieder mit um die Partie ist als Aufsichtsrat der Pommerschen Bank, ist belamulich neben dem Geheimen Rat Wagener seiner Zeit von Kaiser „kompromittiert“ worden. Die Gründung geschah 1866; schon Ende der 70er Jahre war die Bank nahezu bankrott und sie litt bis 1889 Kol. Aber kaum regte sich die Unternehmerrasse, die belamulich Ende der achtziger Jahre mit Gründung des Kohlenyndikats einsetzte, als sich ein Mann einstellte, der den pommerschen Behörden ihr Schmerzenskind abnahm. Herr Schappach, der sich neulich in der Generalversammlung mit so viel erstaunlicher Courage dagegen sträubte, als Sündenbock in die Wüste gejagt zu werden, verpflanzte die Bank nach Berlin, — aber mit einer ganzen Reihe von notleidenden Grundstücken; man nannte diesen Vorgang auch eine Sanierung, indessen mit Unrecht. Belamulich hat die Bank hier eine „glänzende“ Karriere gemacht, aber es ist ebenso bekannt, wie der Endetrag war.

Die Pommersche Hypothekendarlehenbank ist, wie die Sandenbank-Gruppe, mit ihren Ablegern tief in die Berliner Terrainspekulation verflochten.

Anfang der achtziger Jahre waren auch andre Hypothekendarlehenbanken notleidend; der Preussischen Hypothekendarlehenbank mußte, ganz wie der Pommerschen, von der Aufsichtbehörde die Auszahlung einer Dividende untersagt werden. Das hat aber auch diese Bank nicht gehindert, einen ganzen Mattenkönig von Gesellschaften zu gründen und zur Preissteigerung der Grundstücke in der letzten Area des Aufschwungs beträchtlich beizutragen.

Die Hypothekendarlehenbanken sind die Seele des Grundstücks- und Baugeschäfts in den Städten geworden, an dem sich freilich auch andre (Effekten-) Banken scharf beteiligen. Die Hauptthätigkeit vor allem durch Vergabe von Baugeldern, fällt jedoch den Hypothekendarlehenbanken zu. Auf der Hand liegt die Wichtigkeit dieser Funktion für das ganze Publikum, für den Arbeiter besonders. Denn der letztere ist doppelt an Grundstücksmarkt und Baugeschäft interessiert: als Produzent und Konsument, als Bauarbeiter und als Mieter einer Wohnung. Gerade in den Jahren des Schwindels kommen die Arbeiterwohnungen in Mißstand, dann wird für den Lügler gebaut und der Bedarf des Arbeiters vernachlässigt; dann wächst der Uebermut der „Hausagrarier“, dann steigen die Mieten ins Ulfisumige und mit ihnen die Grundstückspreise und die Hypotheken, mit denen die Banken die Häuser und Grundstücke beleihen, wofür ja die Lagen von „Königlichen Baukästen“ auf Verstellung nach Belieben gemacht werden. Auch der Arbeiter wie das ganze Publikum, aber empfindlicher als das übrige, in den Jahren der „Wüste“ sich als kaum geduldeter Mieter herumdrücken, muß er sich Wangen und vielfache Ungebühr gefallen lassen, so wird er noch einmal geschädigt, wenn die Krise eintritt. An Wohnungen für Arbeiter ist auch dann kein Ueberfluß, wohl aber an Arbeitern. Wie in allen andern Geschäftszweigen macht sich auch im Baugeschäft die Arbeitslosigkeit geltend; das Kapital zieht sich von den Hypothekendarlehenbanken mißtrauisch zurück, das Gewerbe sticht.

Wer immer sich mit diesen Verhältnissen beschäftigt, der muß zu der Einsicht gelangen, daß der Kern der viel erörterten „Wohnungsfrage“ die Frage des Grundkredits d. h. der Hypothekendarlehen ist. So lange von ihren spekulationswütigen Händen das Grundstück und Baugeschäft geleitet und regiert wird, ist an keine Gesundung der städtischen Wohnungsverhältnisse zu denken. Gewiß, auch eine andre, „öffentliche“, staatliche oder städtische Organisation des Grund- und Baugeschäfts ist nur ein „kleines“ Mittel im Vergleich zu der socialistischen Programmforderung der Verstaatlichung aller Produktionsmittel; aber was man außer jener neuen Organisation dieses Kredits in Sachen der Wohnungsfrage vorschlägt, ist im Vergleich dazu wieder ebenso klein und geringfügig, wie die Verstaatlichung des Grundkredits zur socialistischen Organisation der Gesellschaft. Der innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft in der Wohnungsfrage etwas Erhebliches durchsetzen will, muß die Kreditorganisation in eine neue Verfassung bringen. Es ist aussichtslos, die Aufhebung des Privatgeltegens am Grund und Boden von der Enteignung der Produktionsmittel überhaupt zu trennen, wie die Bodenreformer wollen. Es ist von geringer Bedeutung, ob etwa der Fiskus ein Stück der Domäne Dahlem auf Erbpacht giebt, — ein Versuch, das wir übrigens ganz und gar nicht mißbilligen wollen. Aber es ist wenigstens möglich, die Auswüchse der Spekulation dadurch zu treffen, daß man die Ausgabe von Hypotheken-Wandbriefen und überhaupt von Teilverschreibungen an hypothekarischen Forderungen auf städtischen Grundbesitz zu einem Vorrecht öffentlicher kommunaler Organisationen macht und den Kommunen und kommunalen Verbänden die Verpflichtung auflegt, solche Organisationen zu schaffen.

Es ist uns wohl bekannt, daß in den plutokratischen Gemeindevertretungen von heute bei dem korrupten Wahlrecht auch kommunale Grundkredit-Anstalten dem Mißbrauch angesetzt sind. Aber trotzdem ist 1895 in Breslau die Idee für die Verstaatlichung des Hypothekendarlehens eingetreten, ebenso Völkmar. Als das Hypothekendarlehen-Gesetz im Jahre 1899 im Reichstage beraten wurde, beantragte die socialdemokratische Fraktion eine schärfere Staatsaufsicht — ohne Erfolg. Die Agrarier aber, die immer darauf aus sind, den städtischen Grundkredit zu Gunsten des ländlichen zu schwächen, haben es durchgesetzt, daß die Hypotheken-Wandbriefe nicht als populäre Werte anerkannt wurden, wie die Wandbriefe der „Landschaften“. Und als der Hypothekendarlehen-Antrag ausbrach, wurde von agrarischer Seite im Abgeordnetenhaus ein Antrag eingebracht, privaten Banken die Ausgabe von Wandbriefen überhaupt zu untersagen. Die Herren haben nachher dafür gesorgt, daß ihr eigener Antrag unter den Tisch

fiel. Wahrscheinlich war ihnen inzwischen klar gemacht worden, daß man doch bei einem Verbot nicht stehen bleiben kann, sondern dann auch für die neuen kommunalen Organisationen sorgen muß, welche die ausfallende Funktion übernehmen, daß aber diese Organisationen den Landschaften „über“ sein werden.

In Düsseldorf und andren Städten ist in den letzten Jahren der Anfang mit einem städtischen Hypothekendarlehen gemacht. Es wäre gewiß durchzusehen, solchen Kernen auch den Bau von Arbeiterwohnungen zu übertragen und also noch einen Schritt weiter zu gehen, als zu einer Organisation des Kredits. Die Zeit ist günstig.

Die Staatsbehörden, deren „Aufsicht“ sich als so ungenügend herausgestellt hat, obwohl der Minister durch Eingaben von Grundbesitzvereinen und durch die bekannte Weigische Broschüre über die Hypothekendarlehen auf das nahende Uebel aufmerksam gemacht war, — die Staatsregierung nimmt einen lebhaften Anteil an dem Schicksal der Pommerschen Hypothekendarlehenbank. Die „sanierenden“ Diskontbanken wollen natürlich ein Geschäft machen. Herauskommen wird bei allen nichts als die Grundlage zu einem neuen Krach.

Warum fällt es dem Minister nicht ein, die Verstaatlichung der Pommerschen Bank in die Wege zu leiten oder, wenn staatliche Werkzeuge zu plump für diese Aufgabe sein sollten, bei den kommunalen Behörden eine Verstaatlichung anzuregen? Für Anleihen mit kommunaler Sicherheit sind jetzt Kapitalien sehr flüchtig. In Berlin ist kein Ueberfluß an Wohnungen produziert worden. Allein durch das Mißtrauen des Kapitals gegen die Hypothekendarlehenbank stockt die Banulust. Ein großes städtisches Pfandbriefamt auf der Grundlage des Geschäftsstocks der Pommerschen Bank würde der Bauhätigkeit das nötige Blut zuführen und den Anfang einer zweckmäßigen öffentlichen Organisation des städtischen Grundkredits bedeuten.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 15. Oktober.

Minister-Treibhaß.

Die hochagrarische Alliee, die im Bunde der Landwirte die Führerschaft hat und in der Vertiefen „Deutschen Tageszeitung“ den Interpreten ihrer Interessen und Anschauungen findet, übt sich seit einiger Zeit wieder im Ministerpurzel-Spiel. Am wenigsten sympatisch ist natürlich jener ostpreussische Junter-Species der lange Müller aus Brackwede, seitdem dieser aus den ostpreussischen Gefilden nach Rheinland-Westfalen zurückgekehrt ist und dort inmitten seiner früheren Geschäftsfreunde die im ostpreussischen Milieu etwas schadhast gewordene Ueberzeugung wieder gewonnen hat, daß zwar an und für sich hohe landwirtschaftliche Böden ein ganz probates Mittel zur Förderung deutscher Handelsinteressen seien, daß aber doch unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rechtsverhältnissen es vorläufig rationeller sei, der Großindustrie durch Abschließung neuer Handelsverträge an Stelle der ablaufenden ihre alten Absatzgebiete zu sichern.

Aber nicht nur die lange Excellenz, sondern auch der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Freiherr von Thielmann, und der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Thielen, haben sich das Mißfallen der Hochagrarien erworben. Auch sie sind reich für die frisch-fröhliche Gatt. Gegen den ersteren erdichtete am Donnerstag die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem Artikel „Ein Reichs-Miquel“ das Treiben. In Anknüpfung an die Nachricht, daß der Staats-Voranschlag mit einem Fehlbetrag von 100 Mill. Mark abschließen werde, kommt sie auf die Frage der Matricularbeiträge sowie die finanzielle Lage der Einzelstaaten zu sprechen und fordert eine „gründliche Reichsfinanz-Reform“. Sparen liege sich, meint das Blatt, bezweifel wenig. Was für Heer und Flotte gebraucht werde, müsse bewilligt werden; also bleibe nur die Steigerung der Einnahmen. In erster Linie müsse die Frage der Reichsfinanz-Reform in Angriff genommen werden:

„Länger damit zu warten, sich mit vagen Zukunftsvorstellungen abzufinden, ruhig und teilnahmslos fortzuwursteln, wird von Jahr zu Jahr immer gefährlicher. Preußen hat seinen Miquel gefunden, möge auch dem Reich ein Miquel beschieden sein! Ob der jetzige Staatssekretär des Reichsschatzamtes diese Hoffnung erfüllen werde, ob wir in ihm den kommenden Reichs-Miquel selber dürfen, das muß leider als außerordentlich zweifelhaft bezeichnet werden. Freiherr v. Thielmann mag ein guter Diplomat sein, er hat ja am russischen Handelsverträge mitgearbeitet und soll in den Vereinigten Staaten eine beliebte Persönlichkeit gewesen sein; aber die schöpferische Kraft, die starke Initiative, die zur Reichsfinanz-Reform gehört, werden wohl auch seine besten Freunde bei ihm vermischen. Der Reichstag würde pflichtveressen handeln, wenn er sich mit der Rolle des ruhigen Abwartens begnügen wollte. Es muß dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes und dem Herrn Reichsschatzkanzler bei jeder Gelegenheit mit der größten Deutlichkeit gesagt werden, daß das bisherige Fortwursteln möglichst bald sein Ende haben muß, und daß es ohne gründliche neue Reichsfinanz-Reform nicht weiter geht.“

Wohin der Artikel zielt, der jegliche positiven Vorschläge zur Lösung der finanziellen Schwierigkeiten vermeidet, ist völlig deutlich: Herr v. Thielmann soll als Auslandsfreund und überdölpelter Unterhändler charakterisiert werden, daß ihm wie dem Reichsschatzkanzler angelindigt werden, daß, wenn er nicht vorgehen sollte, zu gehen, er „bei jeder Gelegenheit“ rückwärtslose Befehdung zu erwarten hat. Zugleich aber kauft der Artikel auf eine indirekte Empfehlung von Zollerhöhungen auf die Bedürfnisse der großen Masse hinaus. Daß die Junter es auf die Einführung einer Reichs-Einkommen- oder einer Rentensteuer abgesehen haben, wird man eben so wenig annehmen dürfen, als daß sie die Zuder- und Spiritusbrämie herabzusetzen beabsichtigen. So bleiben als einträgliche Steuerobjekte nur die Massenkonsumartikel.

So möchte z. B. eine Verteuerung des Petroleums den Agrariern wohl passen.

Herr v. Thielen kam immerhin noch ziemlich gut weg; das schwerste Geschick richtete sich dann am Sonnabend gegen den Eisenbahnminister. Wir haben bereits in der Montagsnummer auf diese perfide Denunziation hingewiesen. Uns Socialdemokraten ist es völlig gleich, ob die heutigen Minister oder andre gleichgestimmte Seelen das „Fortwursteln“ besorgen. Aber lehrreich bleibt die von den Hochagrariern veranstaltete Minister-Treibjagd immerhin; sie liefert nicht nur einen interessanten Beitrag zur Charakteristik jener feinsten Blüte aus den Kreisen der Edelsten der Nation; sondern beleuchtet auch scharf unsere preussisch-deutschen Regierungsverhältnisse. Bei ihren Beziehungen zu börslichen Kreisen haben die Herren richtig herausgefunden, daß wieder mal, wie schon so oft zuvor, einige Säulen des Regierungsaufbaues etwas wackelig geworden sind, und so suchen sie dem Burgeln freundlich nachzuhelfen. —

Nachdem die „Deutsche Tagesztg.“ mit so viel Eifer des Herrn v. Thielen begraben hat, klopft er heute an den Sargdeckel und meldet sich lebendig. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Während der letzten Tage sind in verschiedenen Blättern Auslassungen erschienen, die auf den Rücktritt des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Thielen vorbereiten wollten. Wir können erklären, daß es an jeder thatsächlichen Unterlage für solche Erörterungen fehlt. Insbesondere ist es nicht richtig, daß sich der Herr Minister selbst, der erst vor wenigen Tagen eine eingehende Rücksprache mit dem Präsidenten des Staatsministeriums gepflogen hat, mit Rücktrittsgedanken trage.“

Schade, daß das „Regierungsblatt“ nicht gleich auch jenen „Widerpruch“ aufklärt, der zwischen dem Minister und dem Kaiser in der Lindenfrage entstanden ist. Das wäre interessanter gewesen, als das offiziöse Lebenszeichen.

Jedenfalls scheint es, als ob der eben so Schmutzige wie plumpe Hinterhalt-Angriff der Agrarier mißglückt ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ steht sich nämlich heute genötigt, sich wegen ihres Attentats zu entschuldigen. Sie habe ja doch gar nichts vorgebracht als längst bekannte Beschwerden. Von dem zur Ministerstürze verwendeten Mittel, dem perfiden Hinweis auf den Widerspruch zwischen ministeriellen und kaiserlichen Äußerungen, schweigt das Blatt heute schamhaft.

So dürfen wir denn die Hoffnung haben, daß uns Herr v. Thielen noch länger erhalten bleibt. Es wäre auch zu schade, wenn neben den Ministern des Centralverbandes der Minister der Berliner Straßenbahn-Altiengeellschaft verschwinden würde. Herr v. Thielen ist so provozierend minderwertig, daß er sich unübertrefflich in die regierende Gesellschaft einordnet. —

Um den Zolltarif.

Es bedurfte nicht der Fählung, die der „Hamburg. Correspondent“ mit Regierungskreisen hat, um festzustellen, daß vom Bundesrat, dessen Ausschüsse jetzt der Zolltarif beraten, keine Milderung des hochschuldenreichen Charakters desselben, sondern eher eine Verschärfung seiner agrarischen Tendenz zu erwarten sei. Etwas anders war nach allem, was aus den einflussreichsten Bundesstaaten bekannt geworden ist, nicht zu erhoffen. Dagegen ist nicht ohne Interesse, die Rückschlüsse kennen zu lernen, die das Hamburger Senatsblatt den Zollwucherergegnern im Reichstag erteilt; es sagt:

„Wenn es nicht anders geht, so kann — streng im Rahmen der Geschäftsordnung natürlich und mit legitimen Mitteln — dafür gesorgt werden, daß die Beratung im Reichstag nicht vor dem 31. Dezember 1902 zu Ende geht. Das ist der Kündigungsstermin für die Handelsverträge; verstreicht er ohne die Annahme, so laufen die Handelsverträge ein Jahr weiter, das heißt, da sie ohnehin bis 31. Dezember 1903 reichen, dann bis zum Jahresabschluss 1904. In der Möglichkeit, dies zu erzwingen, liegt eine Stärke der Position der Handelsvertrags-Freunde im Reichstage. Mag man das Obstruieren nennen — das Zustandekommen von Gesetzen, die man nach seiner ehrlichen, wohl erwogenen und begründeten Überzeugung für dem Vaterlande verderblich hält, zu verhindern, kann auch eine patriotische Pflicht sein.“

Wie der „Voss. Stz.“ aus Argentinien gemeldet wird, hat der argentinische Ackerbauminister am 20. September den Minister der auswärtigen Angelegenheiten ersucht, bei der deutschen Regierung die geeigneten Schritte zu thun, damit der dem Reichstage vorgelegende Zolltarif, soweit er die Einfuhr von Quebracho, Getreide und Vieh erschweren würde, nicht genehmigt werde.

Auch andre Regierungen haben offiziell oder inoffiziell die deutsche Regierung wissen lassen, daß die Möglichkeit eines Handelsvertrags-Abschlusses auf der Grundlage des neuen Zolltarifs ausgeschlossen sei.

Es lebe der Zollkrieg! Der Zollkrieg mit aller Welt! —

Deutsches Reich.

Sie leben wie Gummi.

Reizvolle Einblende in die Beziehungen zwischen der Krone, den Staatsbehörden und den Verwaltungskörperschaften der Stadt Berlin gewährt die Darstellung, die der eingeweihte Stadterordnete-Vorsitzer Herr Dr. Langerhans am Montagabend in einer Berliner Kommunalwähler-Versammlung gab. Der bisherige Stadtverordnete Jakob hatte den Beweis seiner persönlichen Unvollständigkeit auch dadurch zu erbringen versucht, daß er den unbedingten Gehorsam der Stadtverwaltung gegenüber höheren Befehlen und Wünschen forderte. Herr Dr. Langerhans mochte seinem Schützling so weit nicht folgen und erklärte:

Konflikte lassen sich nicht immer vermeiden, und da kommen wir weiter wenn wir kein sagen. Die Staatsbehörden thun, was ihnen befohlen wird. Wenn die Herren dann auch hinter dem Rücken kommen und sagen: Ja, unsere Meinung ist es ja nicht! — so können wir damit doch nichts anfangen. Die Herren leben wie Gummi an ihre Stellen und den Abschied nimmt keiner von ihnen.

Es ist bekannt, daß das Ministerium die Befähigung des Stadtrats Kaufmann als Bürgermeister bekräftigt und erwartet hatte. Nach den Mitteilungen des Herrn Dr. Langerhans ist anzunehmen, daß die staatlichen Behörden auch gegen die Ueberführung der Linden nicht einzuwenden und gleichfalls im Aufbau der Wägenbrücken nicht die gemaltvolle Darstellung vernicht hatten. Aber Herr Langerhans hat recht: Mit den privaten Versicherungen, daß es „unser Meinung ja auch nicht sei“, kann die Stadtverwaltung nichts anfangen. Der preussische Beamte steckt Meinung und Ueberzeugung hurtig in die Tasche, sobald ihm eine andre Meinung und Ueberzeugung angeordnet wird.

Herr Langerhans hat mir zu betonen unterlassen, daß der Berliner Kommunal Liberalismus eifrig bemüht ist, jener Eigenart des preussischen Beamtenwesens gelehrt nachzueifern. Es ist eine schwer zu entscheidende Preisfrage, ob die Klebefähigkeit der Herren von der Staatsbehörde oder die Ketaufähigkeit des Berliner Liberalismus die höhere Vollkommenheit erreicht hat. —

Reichs-Auskunftsstelle für Auswanderer. Im nächsten Etat des Reichs wird sich, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, eine Summe zum Schaffung einer Reichs-Auskunftsstelle für Auswanderer finden. Die Auskunftsstelle soll vom Reich unterhalten, ein Reichsbeamter an ihre Spitze berufen und eine beratende Mitwirkung sämtlicher, den Kolonial- und Auswanderungsfragen sich widmenden Korporationen herbeigeführt werden. Die Auskunftsstelle soll, wenn der Reichstag die Mittel bewilligt, am 1. April kommenden Jahres ins Leben treten. Als Leiter ist dem Vernehmen nach ein guter Kenner namentlich des südamerikanischen Auswanderungsgebietes in Aussicht genommen, der frühere Konsul in Porto Alegre, Herr Rojer. —

Neues und Konig.

Ueber den Mord, der in Konig an Ernst Winter verübt worden ist, verbreitet die Wissenschaft jetzt Aufklärung. Nachdem der blöde Mitalmordwahn die in Deutschland noch stehende Kultur beschämend bloßgestellt und schwere Opfer gefordert, gibt jetzt ein Gutachten der Ober-Medizinalbehörde eine Darstellung, die Vermutungen bestätigt, wie sie in weiten Kreisen von Anfang an geäußert worden sind.

Kürzlich wurde das wegen Verdacht des Mordes eingeleitete Verfahren gegen den Schlächtermeister Leby und seinen Sohn eingestellt, wie man jetzt erfährt, im wesentlichen auf Grund des Gutachtens der Medizinalbehörde. Danach ist Winter nicht an Verblutung, sondern an Erschlagung gestorben.

Die „Ostdeutsche Tageszeitung“ giebt darüber das folgende bekannt:

„Der Rechtsanwalt Gahn-Charlottenburg hatte bei der königlichen Staatsanwaltschaft gegen den Fleischhackermeister Adolf Leby und dessen Sohn Moritz Strafantrag gestellt wegen Ermordung des Gymnasialisten Ernst Winter und wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen. Der Erste Staatsanwalt Schweigger in Konig hat das Verfahren gegen beide Beschuldigte eingestellt und Herrn Gahn hiervon in einer an den Antragsteller gerichteten abweisenden Verfügung in Kenntnis gesetzt. Eine Abschrift der abweisenden Verfügung liegt uns vor. Wir werden sie an einem der nächsten Tage unsern Lesern wörtlich zur Kenntnis bringen. Das Ergebnis der stattgehabten Ermittlungen, das am Schluß der abweisenden Verfügung in vier Punkten auf Grund des Gutachtens der Medizinalkollegiums in Danzig kurz zusammengefaßt wird, sei bereits heute besonders hervorgehoben:

1. Ernst Winter ist den Erstickungstod gestorben. Diese Feststellung des Danziger Medizinalkollegiums steht in Uebereinstimmung mit dem Gutachten, das der Berliner Gerichtsphysikus Dr. Puppe im Yorauersproch abgab und im Widerspruch mit dem Gutachten der hiesigen Ärzte Medizinalrat Müller, Dr. Arthur Müller, Dr. Weste, zum Teil auch mit denen des Dr. Störmer und Dr. Mitzenweiger-Berlin.

2. Der Halschnitt ist kein Schächtschnitt sondern nach dem Tode beigebracht in derselben Weise wie die übrigen am Körper befindlichen Schnitte zum Zwecke der Versteigerung der Leiche.

3. Winter hat sich in Ausübung des Geschäftes auktors befunden, festgestellt vom Medizinalkollegium und als richtig anerkannt auf Grund des Gutachtens des Gerichtschemikers Dr. Bischoff-Berlin, der die sichtbaren Nachweise dafür an den Kleidern gefunden hat.

4. Die auf Kopf und Wunde des Ernst Winter vorgefundenen Blutflecke sind nach dessen Tode mittels gekommenen Blutes herangebracht. Die Begründung dieser wichtigen Feststellungen wird in einer demnächst erscheinenden Broschüre weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.“

Ob man jetzt den Thäter, der vermutlich gar keinen Mord beabsichtigt hatte, sondern im Affekt den ertappten Winter tötete, ermitteln wird, bleibt nach Lage der Sache immer noch zweifelhaft.

Dagegen sollte das Verfahren gegen Moritz Leby, der auf Grund eines höchst bedeutungsvollen Indizienprozesses wegen Mordes zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, nachgeprüft werden. —

Für die Reichstags-Ernennung im Wahlkreis Siegburg-Waldbrühl, die durch die Mandatniederlegung von Dr. Lingens nötig geworden ist, hat das Centrum den Landtags-Abgeordneten Amtsdirektor Dr. Weder aus Pennen a. Rh. aufgestellt. Dr. Weder gehört zu der extrem-agrarischen Richtung im Centrum. —

Gera, 15. Oktober. (Privat-Telegramm.) Bei der heutigen Stichwahl zum Landtag wurden die beiden socialdemokratischen Kandidaten Fiedler und Wötter gegen nationalliberale Gegner gewählt. In einem dritten Kreise erzielte unser Kandidat Payer eine starke Minorität. Damit wird unsere Partei durch vier Abgeordnete, gegen bisher drei, in der Kammer vertreten sein, in welcher im ganzen 16 Abgeordnete Sitz haben, davon 12 aus allgemeinem Wahlrecht. —

Die Typhus-Epidemie in Gelsenkirchen dehnt sich noch immer weiter aus. Am Montag waren 40 neue Krankheitsfälle zu verzeichnen. Am Mittwoch treffen der Oberpräsident von Westfalen, sowie Professor Dr. Koch aus Berlin ein. Letzterer ist vom Kultusminister mit Nachforschungen über die Ursachen der Verbreitung der Seuche beauftragt. Für die Rekruten aus diesem Bezirk wurden besondere sanitäre Vorrichtungen erlassen. Dieselben dürfen keinerlei Schwaben nach den Garnisonen bringen.

Ausland.

Der Zolltarif Australiens.

London, 11. Oktober.

Nicht England, sondern die Vereinigten Staaten von Amerika bilden das Muster des föderierten Australiens. Das hat sich beim Aufbau seiner Bundesverfassung gezeigt und das zeigt sich jetzt wieder in dem Zolltarif-Entwurf, den der Bundes-Finanzsekretär Sir Georg Turner und der Handelssekretär Mr. Kingston dem Parlament in Melbourne gestern vorgelegt haben. Die Stimmung scheint dort, diesem Entwurf nach zu urteilen, einer Schutzpolitik günstig zu sein.

Die Verhandlungen über diesen Zolltarif dürften auch für uns von Interesse sein. Das Repräsentantenhaus in Melbourne besteht aus 75 Mitgliedern. Davon sind 24 Freihändler, 34 Schutzöllner, 7 Gemäßigte und 10 Arbeitervertreter. Letztere sind also ausschlaggebend und könnten augenscheinlich der Wirtschaftspolitik diejenige Richtung geben, die sie für gut halten. Leider sind die australischen Arbeitervertreter, gleich ihren englischen Brüdern, unter sich nicht einig. Sie haben keine unabhängige, bestimmte Arbeiterpolitik; sie lassen sich vielmehr von den bürgerlichen Politikern leiten. Unter den 10 Arbeitervertretern giebt es Freihändler, Schutzöllner und auch Iniferente. Die Freihändler scheinen unter ihnen in der Minderheit zu sein. Denn es war auf Grund der Wünsche der Arbeitervertreter, daß das Parlament kürzlich ein Gesetz zur Einschränkung der Einwanderung annahm, welches allerdings in erster Reihe gegen asiatische und afrikanische Rassen gerichtet ist.

Ob es unter diesen Umständen Mr. Reid, dem Führer der Opposition, gelingen wird, eine Reduktion der Zollsätze herbeizuführen, ist sehr fraglich. Im Interesse der Arbeiter würde es gewiß liegen, wenn ihre Vertreter wenigstens die Rolle auf Thee, Zucker, Kalao, sowie die Prämissen für die Großindustriellen bekämpften.

Eine aufklärte zielbewusste Arbeitervertretung wird jetzt in Australien um so nötiger, als die ganze Wirtschaftspolitik dort darauf gerichtet ist, Millionäre und Truismagnaten zu züchten. Das Beispiel der Vereinigten Staaten scheint für die Angelsachsen in Australien ganz verlockend zu sein.

Auch was der Zolltarif nicht enthält, ist bemerkenswert. Man findet darin nichts, was auf eine besondere Begünstigung des Mutterlandes zu schließen gestattet. Australien ist also dem Beispiel Kanadas nicht gefolgt, dessen Tarif bekanntlich Differentialzölle zu Gunsten Englands enthält.

Woher dieser Unterschied?

Kanadas Tarif wurde in der Zeit der imperialistischen Hochflut, im Jahre 1897, entworfen, während die Aufstellung des australischen Tarifs in eine Zeit imperialistischer Depression fällt. Man ist nach den Erfahrungen im Boerenkrieg nicht mehr so stolz auf das Mutterland wie früher. Das beliebte und klangvolle Sprichwort der Angelsachsen: „Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg.“ bewahrt sich auch hier. —

Oestreich-Ungarn.

Die Landtagswahlen in Böhmen. Am Montag fanden in 18 Wahlen der Landgemeinden Böhmens die zweiten Wahlen statt. Gewählt wurden zwei Jungtschechen, ein Tschechisch-Radikaler, drei Deutschfortschrittler, ein Volksparteiler, ein Altschlesier und zwei tschechische Agrarier; acht Stichwahlen sind erforderlich.

Dänemark.

Einer neuen Staatsanleihe in der Höhe von 30 715 000 Kronen gab das Folkething am Freitag in dritter Lesung seine Zustimmung. Von verschiedenen Banken des In- und Auslandes liegen bereits Angebote vor. Nach dem Plan des Finanzministers sollen 3 000 000 Kronen davon für Eisenbahnanlagen und 9 200 000 für Verleihung von Grund und Boden an Landarbeiter verwendet werden; dazu kommen 18 1/2 Millionen für jütländische Bahnen, die bereits vom letzten Reichstag bewilligt worden sind. —

Frankreich.

Ein französischer Kolonialheld. Die in Antwerpen erscheinende Zeitung „Metropole“ erzählt folgende Heldenthat des französischen Hauptmanns Pöster, die derselbe im französischen Kongogebiete vollführte. Er war beauftragt, eine Expedition in das Thal von Tchad auszuführen. In der Nähe des Sees Tchad stieß er auf einen Häuptling, der über 2000 bewaffnete Männer verfügte; 1400 waren mit Steingewehren, 400 mit modernen Schnellfeuerwaffen bewaffnet. Pöster ließ 200 Mann der Gegner einschleichen; auf seiner Seite gab es nur zwei Tote. In Tchad kam er durch mehrere behobete Dörfer; die Einwohner hatten sich in ihre Höhlen versteckt. Der Hauptmann ließ sie dort sämtlich auslöschen und verbrennen. Nachdem er diese Kulturthaten vollbracht, zog er wieder zurück nach Sangha. —

Spanien.

Unruhen in Sevilla. Depeschen aus Sevilla melden vom Montag: Hier ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Mehrere Fabriken sind geschlossen worden, um Unruhen vorzubeugen. Die Ausständigen schleuderten Steine gegen solche Arbeiter, welche sich nicht am Ausstand beteiligen wollten. Am Vormittag durchzogen Scharen die Straßen und veranlaßten, daß die Läden und die Cafés geschlossen wurden. Die Behörden treffen Sicherheitsmaßregeln; unter der Bevölkerung herrscht eine wahre Panik.

Ein Telegramm vom Dienstag lautet: Die Unruhen dauern fort. Die Ausständigen durchziehen die Straßen und verüben Gewaltthatigkeiten. An die Ostroengebäude wurde Feuer gelegt. Der Belagerungszustand ist verhängt worden.

England.

Gladstone und die Arbeiter. London, 10. Oktober. Der Honorable Alexander D. Murray (Herr von Elbank, Reife Gladstones und Abgeordneter für Midlothian) hat in seinem Eingekandt an die „Times“ vom 7. Oktober einen ungemein lehrreichen Beitrag zur Geschichte der englischen Arbeiterbewegung geliefert. Murray weist auf die Bedeutung der parlamentarischen Nachwahl von Lamartiniere hin und sagt:

„Seit die liberale Partei ihre gegenwärtige Politik (in Bezug auf Arbeiterlandtagswahlen) fort, so wird sie die radikalsten Elemente ins extreme Lager treiben. . . Als die Demokratie ihr Haupt erhoben und ihre Macht zu fühlen begonnen hatte, da nahm Gladstone mit seiner wunderbaren Intuition die politisch besetzten Massen beider Hand und führte sie auf sanftere Pfade. Er hielt es nicht für gut, sie zu treiben. . . Die Kandidatur Harmsworth bringt die Scheidungslinie zwischen Kapital und Arbeit klar und bestimmt in die Erscheinung. Wird diese Politik allgemein durchgeführt. . . so werden die alten, zurückhaltenden Kräfte des gemäßigten Liberalismus verschwinden. Wir werden uns sodann in zwei große Lager — Kapital und Arbeit — gruppieren. Einer derartigen Zukunft kann kein Liberaler mit Gleichmut entgegensehen.“

Was der Herr v. Elbank hier schreibt, war den Socialdemokraten schon lange kein Geheimnis mehr. Aber es ist gut, eine Bestätigung von bürgerlicher Seite dafür zu haben. Murray's Eingekandt hat meines Erachtens die Bedeutung eines historischen Dokuments. —

Amerika.

Vom südamerikanischen Kriegsgeschahplah. Wie der „New York Herald“ aus San Juan in Puerto Rico meldet, wird der frühere Präsident von Venezuela, Andrade, eine Expedition führen, welche Anfang November in Venezuela zu Lande beabsichtigt, um zu versuchen, Castro zu fangen. Die Aufständischen in Curaçao treffen Vorkehrungen für den beabsichtigten Einfall. —

Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes aus Panama sind kolombische Revolutionäre auf der Taboga-Insel am Sonntag gelandet und haben die aus zwölf Mann bestehende kolombische Besatzung überrascht und gefangen genommen. Der Altkade und zwei andre Beamte wurden weggeführt. Die Revolutionäre besetzten zwei kleine Schooner mit Beschlag, von denen der eine mit Vorräten beladen war, und plünderten einige chinesische Läden. —

Der Boeren-Krieg.

Übermals ein Boerenkommandant erschossen!

Aus Lurafast wird gemeldet, daß der Kommandant Schoeman am 14. Oktober handrechtlich erschossen worden sei! Ferner kommt aus Widdelburg die Nachricht, daß das gegen einen der Offiziere Lotters, Woolfaards, gefällte Todesurteil bestätigt sei, daß also dessen Hinrichtung unmittelbar bevorstehe. Es wird also den Boeren wirklich nichts andres übrig bleiben, als schleunigt an einer Anzahl gefangener englischer Offiziere die Todesstrafe vollziehen zu lassen.

Wie bereits gestern gemeldet, handelte es sich bei der Erschießung Lotters um einen um so niederträchtigeren Mord, als dieser Boerenkommandant Bürger des Orange-Freistaats, also kein „Rebell“ war. Ob Schoeman Kaptholländer war, ist ebenfalls sehr zweifelhaft. Und während man auf der einen Seite kriegsgefangene Gegner kriegsrechtlich meuchelt, ist man auf der andern Seite so „gnädig“, jugendliche Gefangene, statt sie lebenslanglich ins Gefängnis zu sperren, nur zu einer — Prügelstrafe zu verurteilen. So wurden nach einer Meldung aus Gradod zwei „Jugendliche“ zu Gefängnis während der Dauer des Krieges und zu 20 Slockhieben verurteilt. Kriegsgefangene zur Prügelstrafe zu verurteilen, ist entschieden eine neue militärische Erfindung des Lord Kitchener. Der brutale Gamaschenknopf verdient dafür jene Auszeichnung, die die

Boeren angeblich dem General Buller mit in die Heimat gegeben haben sollen.

Ueber

Bohas Truppe

wird aus Dundee gemeldet: Bohas Abteilungen sind sehr einandergezogen, die Hauptmasse jedoch steht im Bongolo-Wald. Wie berichtet wird, ist das Kommando von Diefel nach Nordosten, an Pietretief vorbeimarschierend, entkommen. Schwere Regenfälle haben die Strahlen größtenteils unpassierbar gemacht. Die Flüsse führen Hochwasser. Bohas steht südlich von der Linie Wasserstrom-Pietretief. General Bruce-Hamilton verfolgt die Boeren, welche bei Tage verborgen und des Nachts weitergedrückt werden. Das neblige Wetter, das im dichten Busche herrscht, macht eine Fernsicht unmöglich. Gefangene Boeren sagen, der Feind habe am 8. Oktober bei Gontihof starke Verluste gehabt. Die Boeren sind durch englische Truppen im Norden, Osten und Süden ziemlich umstellt, was ein lombardisches Vorgehen erschwert. Es ist indessen möglich, daß die Boeren dadurch entkommen, daß sie sich in kleine Abteilungen auseinanderziehen.

Ueber die

englischen Operationen der letzten Woche

berichtet Ritchener wie folgt: In der vergangenen Woche sind insgesamt 26 Boeren gefallen, 8 verwundet und 134 gefangen genommen worden; 42 haben sich ergeben. Festige Regenfälle haben die Operationen und die Verbindung zwischen den englischen Truppen an der Grenze von Natal sehr erschwert. Die Truppen General Ritcheners operieren von Pietersburg und Utrecht aus gegen beträchtliche feindliche Truppenteile, die zwischen dem Slangapiesberg und dem Bongolo-Wald stehen. General Hamilton steht in der Nähe des Ngome-Waldes. Lord Methuen säubert den Marico-Distrikt vom Feinde, Delarey und Kemp haben sich nach Lindley Poort zurückgezogen. Elliot hat mit Boeren in den Drakensbergen zu kämpfen. General French berichtet über die Lage in der Kapkolonie, daß das Kommando Schepers in der Auflösung begriffen sei. Das Kommando von Smuts habe sich in zwei Teile geteilt, deren einer sich nördlich von Aberdeen nach Westen zu bewege, während der andre südwestlich von Somerset East stehe. Beide würden von englischen Truppen verfolgt. French selbst habe mit einer kleinen Boerenabteilung zu thun, die sich in südlicher Richtung auf Bequetberg zu bewege. Ein äußerst mageres Ergebnis!

Die englische Unsicherheit im Kapgebiet erhellt auch aus folgenden Londoner Meldung: Kein Passagier darf in Kapstadt die Schiffe, ohne einen Paß vorgezeigt zu haben, der von der Militärbehörde ausgestellt wird, verlassen. Andererseits haben Beamte, welche mit der Ueberwachung der Flüchtlinge beauftragt sind, die Behörden in England ersucht, die Einschiffung von solchen Passagieren, die nach Südafrika zu gehen beabsichtigen, aber mittellos sind, zu verhindern.

Partei-Nachrichten.

Berichterstattung vom Parteitage. In der Mitglieder-versammlung des 1. hamburgischen Wahlkreises berichtigte Stolten über den Verlauf des Parteitags. Er sprach im allgemeinen seine Zufriedenheit mit den Beschlüssen aus, nur die Resolution 102 hält er für bedenklich. Böhmelburg ist von den Debatten wenig befriedigt, im Gegensatz zu Stolten ist er erfreut über die Annahme der Resolution 102. Noch mehrere Redner gaben ihrer Unzufriedenheit über die Debatten Ausdruck. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In Solingen wurden nach dem Referate des Delegierten May von Seite des Genossen Wöller Einwendungen gegen die Haltung May auf dem Parteitage erhoben. Er hätte sollen zur Wohnungsfrage das Wort nehmen und auch die Meinungen der Genossen über die Akademiker zum Ausdruck bringen. Beschlüsse wurden auch hier nicht gefaßt.

In Erfurt referierte Grünwald. Vom zweiten Delegierten Schulz-Magdeburg war ein Schreiben eingegangen, daß man auch ihn Gelegenheit geben solle, seine Haltung auf dem Parteitage zu rechtfertigen. Die Versammlung lehnte das ab. An den Bericht Grünwalds knüpfte sich keine Debatte. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden. In Chemnitz entspann sich eine lebhafte Debatte über den Ton der Parteitag-Verhandlungen. Einige Redner waren nicht befriedigt von den Ergebnissen des Parteitags; es sei zu wenig Positives geschaffen worden. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die den Delegierten die Zustimmung der Versammlung für ihre Haltung auf dem Parteitage ausdrückt.

Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, das Herzogtum Lauenburg, das Fürstentum Lübeck und die Freie und Hansestadt Hamburg.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Presse schildert Redakteur Ed. Adler die Verfolgungen, denen die Redaktionen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ im letzten Jahre ausgesetzt gewesen ist. Genossen Korn sind 6 Monate und 3 Tage Gefängnis, Genossen Lüthgens 8 Wochen Gefängnis und 450 Mark Geldstrafe und Genossen Adler 20 Mark Geldstrafe zudiktiert. Im übrigen führt Redner lebhafteste Klage über die unzulängliche Tätigkeit einiger Korrespondenten in der Provinz. Während die Quelle bei einigen zu lebhaft sprudelt, stode sie bei andern ganz. Er wendet sich gegen einen Antrag, der eine Honorierung der Berichte durch die Zeitung verlangt, weil das Blatt dadurch zu sehr belastet werde. Zum Schluß entwickelt Adler den Gedanken, für die nördlichen Bezirke dänische Literatur zu schaffen, um die dänischen Arbeiter der Partei zu gewinnen. Der Geschäftsführer Krause berichtet über den geschäftlichen Stand des Blattes und der Druckerei. Der Abonnementstand der Zeitung steige stetig aber langsam. Die finanzielle Lage des Geschäfts sei an und für sich nicht besonders günstig. Die Genossen in den einzelnen Orten sollten dafür sorgen, daß der Parteidrucker mehr Druckarbeiten zugewiesen würden. In der Debatte bedauern Fohme und von Elm, daß die Redaktion die bekannte den Genossen Bernstein verleumdernde Notiz aus der „Justice“ übernommen, und v. Elm besonders, daß die Redaktion Artikel von Parvus über die Gewerkschaften gebracht habe. Adler erwidert darauf: er habe die Notiz aus der „Justice“ übernommen, um dem Genossen Bernstein Gelegenheit zu geben, gegen dieselbe zu protestieren. Das sei ja nun auch geschehen. Alle zu diesem Punkt gestellten Anträge werden abgelehnt, nur wird ein Antrag auf Regelung des Kolportagewesens angenommen.

Ueber den Entwurf eines Kommunalwahl-Programms referierte Fohme. Eine vom vorjährigen Parteitage gewählte Kommission hat den Entwurf ausgearbeitet. Derselbe wird nach längerer Debatte angenommen. Jedoch soll die Kommission fortbestehen, um eventuell weitere Änderungen vorzunehmen und neues Material zu sammeln. Als Sitz der Agitationskommission wird wieder Reimlinster, als Sitz der Propagandakommission Kiel gewählt. Damit waren die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Zu einem Herwegh-Denkmal wird auf neue ein Aufsatz erlassen. Das Denkmal soll auf einem öffentlichen Plage in Dießel, dem Hauptorte des Kantons Baselland, dessen Ehrenbürger Herwegh ausgestellt werden. Es soll aus einer 3 Meter hohen Gruppe von Natursteinen bestehen, auf denen das Bild des Dichters im Hochrelief angebracht werden soll. Dem Ehrenausschuß, dessen Präsident Robert Seidel ist, gehören außer einer Anzahl schweizerischer Parteigenossen auch Robert Schweizer und Max Regel an. Beiträge nimmt der Kaufmann Levy-Häcker in Basel entgegen.

Politikalisches, Gerichtliches u. d. v.

— Wegen Verleumdung, begangen durch eine Notiz gegen einen Dr. W. in Barmen, wurde der verantwortliche Redakteur der „Freien Presse“, Genosse Gräfer, zu 250 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das Proportional-Wahlrecht zum Gewerbegericht. Dem Berliner Magistrat ist in Sachen der Gewerbe- und Handwerkskammer Petition zugegangen: „Der Centralrat der deutschen Gewerbetreibenden (Girch-Dunder) erlaubt sich an den Magistrat die Bitte zu richten, das Ortsstatut der Stadt Berlin für das Gewerbegericht dahin zu ändern, daß gemäß § 13a des Gewerbegesetzes das Proportional-Wahlrecht eingeführt werde. Nach dem heutigen Wahlgesetz sendet diejenige Richtung, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt, ihre aufgestellten Kandidaten als Beisitzer in das Gewerbegericht, während alle in der Minorität verbleibenden Organisationen von der Betätigung und Mitarbeit ausgeschlossen sind. Um allen Organisationen die Möglichkeit zu schaffen, entsprechend ihrer Stärke durch Beisitzer im Gewerbegericht vertreten zu sein, ersuchen wir um Einführung des Proportional-Wahlrechts, damit auf diese Weise eine Vertretung aller hierorts bestehenden Organisationen zum Gewerbegericht geschaffen werde.“ Der Evangelische Arbeiterverein hat sich diesem Ersuchen an den Magistrat angeschlossen.

Achtung, Töpfer! Laut Tarif darf in der Zeit vom 15. Oktober bis 1. April auf keinem Bau gearbeitet werden, wo die Fenster nicht verglast sind. — Eine am 14. Oktober bei Keller, Köpenickerstraße 29, abgehaltene Versammlung nahm eine Resolution an, durch die es jedem organisierten Kollegen zur strengsten Pflicht gemacht wurde, die tarifliche Position strikte inne zu halten. Kollegen, welche infolge Durchführung dieses Beschlusses arbeitslos werden, erhalten, sofern die Arbeitslosigkeit länger wie drei Tage dauert, eine Unterstützung vom 1. Tage an in Höhe von 2,50 M. und für jedes schulpflichtige Kind 1 M. pro Woche.

Alle in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen sind verpflichtet, sich täglich in der Zeit von 10—12 vormittags in unserm Bureau, Neue Friedr. 20, zur Kontrolle zu melden.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß über die Firma A. Weber, Groß-Viktorsfelde, die Sparre verhängen ist, weil unsern Kollegen bei der Erlangung ihres Lohnes stets Schwierigkeiten bereitet werden. Der Vorstand der Filiale Berlin.

Die Plätterinnen der Wäscheabrik Cohn u. Ellenburg in Voghen, Kasanien-Allee 79, befinden sich in Lohnkämpfen. Wegen Einführung der Plättmaschine sollen die Löhne von 25 und 27 1/2 Pf. per Duzend Krügen um 7 1/2 Pf. per Duzend und Pflichten von 45 Pf. auf 25 Pf. reduziert werden. Man müht sich besonders, Heimarbeiterinnen und Lehrlinginnen heranzuziehen, trotzdem letztere nur Vorplätten geleistet bekommen, und dafür 10 M. Gehalt zahlen müssen. Bis auf weiteres ist die Firma Cohn u. Ellenburg zu meiden.

Deutsches Reich.

Neue Differenzen drohen im Tischlergewerbe in Leipzig auszubrechen. Der Verband der Holzindustriellen versendet an seine Mitglieder folgendes Circular:

„Infolge von Lohnforderungen stellen bei der hiesigen Firma F. A. Schütz, Möbelfabrik, fast sämtliche Leute die Arbeit ein. Auf Grund dieser Vorgänge wurde in der am 7. Oktober im Eldorado abgehaltenen außerordentlichen Versammlung durch namentliche Abstimmung der einstimmige Beschluß gefaßt, die im Jahre 1899 von den Arbeitern aufzubringende und in den hiesigen Möbelwerken und der Leipziger Tischlerinnung eingeführte Bestimmung — Garantie des Stundenlohnes bei Accordarbeiten — von den betroffenen Arbeitgebern am nächsten Lohnstage ihren Arbeitern für aufgehoben zu erklären. Da sich die Versammlung ausdrücklich mit der Firma F. A. Schütz solidarisch erklärte und der jetzige schlechte Geschäftsgang und geradezu zwingt, derartige, und in früherer Zeit aufgedrungene Forderungen wieder abzuschaffen, so werden Sie hiermit dringend ersucht, diesen Beschluß streng durchzuführen und etwaige dadurch entstehende Differenzen dem Vorstande anzuzeigen. Verpflichtet ist jedes Mitglied, auch wenn es in dieser Versammlung nicht anwesend war, diesen Beschluß durchzuführen. Der Vorstand ist ermächtigt, gegen eine etwaige Nicht-einhaltung dieses Beschlusses mit aller Strenge vorzugehen. Bei Reueinstellung von Leuten ist streng nach unserer Geschäftsordnung zu verfahren, wonach nur mit Arbeitsnachweis-Scheinen versehene Arbeiter einzustellen sind.“

Bis jetzt sind, wie die Sektionsleitung der Bau- und Möbelfachler des Verbandes der Holzarbeiter in der „Leipz. Volkszeitung“ mitteilt, 5 Firmen dieser Aufforderung nachgekommen.

Die Fensterputzer in Köln a. Rh. stehen im Streik. Die Ausständigen sind im Centralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisiert. Die Bewegung steht günstig. Arbeitswillige haben sich bisher nicht gefunden.

Der Verband christlicher Straßenbahner in Düsseldorf liegt seit langer Zeit in Fehde mit der Düsseldorf Stadtverwaltung, denn ohne Grund werden die Vorstandsmitglieder des Verbandes so der Reihe nach von der Verwaltung entlassen. So bald dann ein anderer Straßenbahner zum Vorstandsmitglied gewählt wird, kann er bestimmt darauf rechnen, daß in den nächsten Tagen seine Entlassung erfolgt.

Bis jetzt hat diese herzerfreuende Parität in der Behandlung der Gewerkschaftsorganisationen durch das Unternehmertum den Christlichen ihre Christlichkeit noch nicht ausgepredigt, denn das christliche Gewerkschaftsartikel, das sich der Sache annahm, faßte nur eine zahme Witterresolution an die säkularen Behörden. Die Unternehmer werden also noch stärkere Mittel anwenden müssen, um den christlichen Arbeitern Klassenbewußtsein einzupflanzen.

Ausland.

Die Bäckergelesen von Mailand sind in der Zahl von etwa 2500 in den Streik getreten. Die Bäckermeister begründeten die Ablehnung der Lohnforderung der Gehilfen mit dem Hinweis darauf, daß sie den Preis des Brotes unmöglich hinausschieben könnten.

Versammlungen.

Die Forderungen der Schneider und Schneiderinnen an die Gesetzgebung.

Die erste Versammlung der Schneider und Näherinnen aller Branchen, mit der die plausibelste Agitation für die gesetzlichen Schutzbestimmungen der in der Konfektion beschäftigten Personen nun auch in Berlin eingeleitet wurde, tagte am Montag in den Johannis-Sälen. Das Referat hatte der Reichstags-Abgeordnete Wollenbühr übernommen, der zunächst betonte, daß die Gesetzgebung die Verpflichtung hat, das Leben und die Gesundheit der Staatsbürger möglichst zu schützen, wenn auch das Unternehmertum stets behauptet, daß der Staat in den rein ökonomischen Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer sich nicht einmischen dürfe. Daß die schrankenlose Ausbeutung, wie sie in der Hausindustrie vorherrscht, eine schwere Schädigung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter im Gefolge hat, ist schon längst erkannt und ein Eingreifen seitens der Gesetzgebung für notwendig erachtet worden. Für die Heimarbeiter giebt es keinen begrenzten Arbeitstag und sie arbeiten täglich bis zur Erschöpfung. In den Betrieben, in denen die Heimarbeit eingeführt ist, wo die Arbeiter nicht wie in den Fabriken zusammenarbeiten und völlig zerplittert sind, ist der Lohn durchwegs niedriger und so bemessen, daß nur durch gemeinsame anstrengende Arbeit des Mannes und der Frau die allernotwendigsten Mittel zum Lebensunterhalt verdient werden können. Durch die Heimarbeit kann der Unternehmer außerordentlich billig produzieren lassen, denn nicht nur, daß er niedrige Löhne zahlt, er spart auch die Kosten für die Arbeitsräume, Licht, Heizung und Werkzeuge. Würde der Unternehmer Fabrikräume einrichten müssen, so würde

die Saison keine so kurze sein, sondern er würde sie ausbeuten versuchen, um die Fabrikräume das Jahr über auszunutzen. Der Unternehmer hat auch noch den Vorteil, daß seine technischen Leiter oder Werkführer, die Zwischenmeister, von den Arbeitern bezahlt werden und ihm ihre Entlohnung so unentgeltlich liefern, andererseits aber die Arbeiter ausbeuten, um auf ihre Kosten zu kommen.

Nach dem § 120a der Reichs-Gewerbe-Ordnung und auch im Bürgerlichen Gesetzbuch sind die Unternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen usw. so zu gestalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Das Gesetz hat aber dennoch eine bedeutende Lücke offen gelassen, denn es trifft nur denjenigen Unternehmer, der überhaupt Arbeitsräume eingerichtet hat. Ebenso verhält es sich mit den Bestimmungen über die Arbeit der Kinder, jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, die durch Bundesrats-Berordnung auch auf die Konfektionswerkstätten ausgedehnt werden. Es hat den Anschein, als ob durch diese Bestimmungen nur die Maschinen vor zu großer Abnutzung und Beschädigung geschützt werden sollen. Denn nicht nur, daß diese Bestimmungen nur auf Fabriken Anwendung finden, ist keine Bestimmung vorhanden, die dem Unternehmer verbietet, den Arbeiterinnen Arbeit mit nach Hause zu geben, und diese veranlaßt werden, auch noch die ganze Nacht in ihrer Wohnung die Arbeit fortzusetzen. Wenn aber nur auch, wie das Reichsgericht in einem Fall entschieden hat, solche Betriebe, wo nach Maß und Bestellung gearbeitet wird, keine Fabriken sein sollen, so sind die ganzen Bestimmungen illusorisch, dann bleibt es überhaupt fast keine Fabriken im Sinne der Gewerbe-Ordnung, dann würden zum Beispiel für Bräudenbau-Anstalten und ähnliche Betriebe, wo zweifellos nur auf Bestellung und nach Maß gearbeitet wird, die Arbeiterschutz-Vorschriften keine Anwendung finden können.

Für die Heimarbeiter und Arbeiterinnen sind keinerlei gesetzliche Schutzbestimmungen vorhanden, es ist ihnen dadurch ein freies Gebiet für die Unternehmer geschaffen, auf dem sie die Ausbeutung schrankenlos betreiben können und das zur immer weiteren Ausdehnung der ungeheuer schädlichen Heimarbeit geführt hat. Auch von der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, mit der die deutsche Regierung auf der Pariser Weltausstellung so sehr prahlte, und die für alle gewerblichen Arbeiter gelten sollte, sind die Heimarbeiter ausgeschlossen. Wo die Gesetzgebung so vorbeigegangen, wie es bei der Hausindustrie der Fall ist, da ist es nicht zu verwundern, daß grauenvolle Zustände Platz gegriffen haben. Als bei dem Streik der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen das trasse Elend nackt und unverhüllt an das Tageslicht getreten wurde und die weitesten Kreise auf diese Zustände aufmerksam gemacht wurden, da hat man erfaunt und verlangte gesetzliche Maßnahmen, um diese raffinierte Ausbeutung der Hausindustrie zu beseitigen. Fast alle Parteien und sogar Minister erklärten, daß der Streik berechtigt und daß durch die Gesetzgebung eine Besserung der Verhältnisse für die in der Konfektion beschäftigten Personen geschaffen werden müsse. Trotzdem ist seit dieser Zeit nichts geschehen, was eine Besserung zur Folge gehabt hätte. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wurde beauftragt, Erhebungen anzustellen; durch dieselbe ist alles das, was ja eigentlich schon bekannt, im vollen Umfange bewiesen worden, aber die Regierung und die bürgerlichen Parteien hatten den Streik schon längst wieder vergessen und so blieb es beim alten.

Der Redner verwies auf die verschiedenen Anträge, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht wurden und wendete sich gegen die Auslassungen der Unternehmer, die sich mit allen Mitteln gegen die Beschränkung ihrer Ausbeutungsfreiheit wenden und u. a. behaupten, daß sie ein wohlverordnetes Recht haben, die Wohnungen der Arbeiter als ihre Werkstätten zu benutzen. In ausführlicher Weise schilderte sodann der Referent die vielen schädlichen Folgen der Heimarbeit, die nicht nur für die beteiligten Arbeiter und deren Familien tieftraurige Lebensverhältnisse verursachen, sondern auch für die gesamte Bevölkerung in hygienischer und gesundheitlicher Beziehung eine große Gefahr mit sich bringen. Nachdem er noch die Forderung für die Heimarbeiter erörtert und von ihm und von einem andern Redner auf die Notwendigkeit einer festen Organisation hingewiesen worden war, wurde einstimmig folgende Resolution beschloffen:

Die heute in Berlin tagende, von 500 Arbeitern und Arbeiterinnen des Schneidergewerbes delugte allgemeine Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung richtet noch einmal an den hohen Bundesrat und Reichstag das Ersuchen, endlich die gesetzgeberische Lösung der Heimarbeiterfrage für das Schneidergewerbe und die verwandten Berufe energisch und bald in die Hand zu nehmen.

Seit 1887 sind bei den Konfektionsarbeitern Hoffnungen erweckt worden, ihre Lage zu verbessern. Aber es geschah nichts! Es brach der große Konfektionsarbeiterstreik aus. Fast alle Parteien des Reichstags machten Zusagen, daß man endlich das so lange Versäumte rasch nachgeholt werden sollte. Keuchlich waren die Erwartungen, die durch die Reden vom Bundesratstische angeregt wurden.

Die Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik bestätigten die Dringlichkeit dieser gesetzgeberischen Aufgaben allgemein nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Konsumenten.

Allgemein bis in die Kreise des Bundesrats hinein herrscht die Ueberzeugung, daß die Bundesrats-Berordnung vom 30. Juni 1897 und die letzte Gewerbe-Ordnungs-Novelle an den traurigen Verhältnissen, an denen der Heimarbeiter, gar nichts geändert haben.

Daß die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie sich seit den Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik vom Jahre 1896 nicht gebessert haben, daß vor allem der Umfang der Hausindustrie zugenommen und dafür die Zahl der in Betriebswerkstätten Tätigen abgenommen hat, ist durch viele Beispiele zu erhärten. Will man nicht unabsehbaren Schaden dauernd werden lassen, dann ist ein Einschreiten der Gesetzgebung nicht mehr aufzuschieben.

Sinter einer ganzen Reihe von Staaten ist das Deutsche Reich in Hinsicht auf den Schutz der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen zurückgeblieben.

Deshalb erwarten wir die baldige Durchführung der heute gestellten Forderungen als Erfüllung einer Ehrenpflicht des Deutschen Reiches.

Wir halten als das Mindestmaß dessen, was im Interesse der Heimarbeiter in der Konfektionsindustrie zu geschehen hat, die Verwirklichung der folgenden, von den Schneidern und Näherinnen des Deutschen Reiches aufgestellten Forderungen:

1. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach der Werkstattbestimmung.
2. Direkte Ausgabe von Arbeit an die Heimarbeiter und Arbeiterinnen seitens der Unternehmer unter Vermeidung der Zwischenmeister.
3. Trennung der Arbeitsräume von den Wohnräumen; in den Werkstätten sowohl wie in den Arbeitsräumen der Heimarbeiter müssen auf den Kopf der beschäftigten Personen mindestens je 15 Kubikmeter Luftraum kommen.
4. Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Sonntagstruhe (§ 105b), des Verbots der Kinderarbeit (§ 136), der Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter (§ 136), der Frauen (§§ 137 und 139 a Abs. 1), der Gewerbe-Ausfüß (§ 139 b), insbesondere durch weibliche Anstaltsbesorger, des Erlasses von Arbeitsordnungen (§§ 134 a—134 g) und die Anzeige des Gewerbebetriebes (§ 14) auf die Hausindustrie und die Heimarbeit.
5. Ausdehnung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung auf die Heimarbeiter und Arbeiterinnen.
6. Reich, Staat und Gemeindebehörden sollen Schneiderarbeiten nur unter der Bedingung vergeben, daß die Kleidungsstücke in der Gewerbe-Ordnung und Gewerbe-Inspektion unterstehenden Werkstätten hergestellt und daß die von Unternehmern und Arbeiterorganisationen festgesetzten Lohnsätze als Mindestmaß der Entlohnung anerkannt werden.

Die Berliner Kommunalwahlen.

Die Arbeiterschaft Berlins rüstet sich, um in die Agitation für die am 6. November dieses Jahres stattfindende Wahl zum städtischen Parlament einzutreten. Am Sonntag war bereits in allen Bezirken, die in der dritten Abteilung diesmal zur Wahl stehen, ein Flugblatt verbreitet, dem sich nun die mündliche Propaganda in neuen Versammlungen gestern abend anschloß. Mit der Aufstellung der Kandidaten in 16 Bezirken, die gleichfalls in diesen Versammlungen erfolgte, sind somit die Vorbereitungen erledigt und wird es sich nun darum handeln, die Wähler über die Bedeutung der Wahlen und die Grundzüge, welche die Socialdemokratie im städtischen Parlament vertritt, aufzuklären.

Der die Vorgänge in der städtischen Verwaltung in letzter Zeit verfolgt hat, kann nicht im Zweifel sein, daß heute mehr als je eine Vertretung not thut, die mannhaft alle Rechnungsträger nach oben zurückweist und offen mit aller Entschiedenheit die Rechte der Selbstverwaltung wahrt. Diese Aufgabe zu erfüllen, fehlt dem liberalen Bürgertum die Festigkeit, langsam weichen seine Vertreter bei jeder Willenslinderung der Krone zurück, um unter Lamentieren über ihre lokale, unterthänige Gesinnung gehorsamst einzuschwenken, wie ihnen befohlen wird.

Dieser Verwaltungskörperschaft haften alle Schwächen eines Klassenparlamentes an, ihm geht die Stütze verloren, die ein Parlament erhält, wenn die Bevölkerung selbst der Träger des Parlamentes ist. Hier dominiert der Besitz mit seinen Vertretern, das Proletariat ist entrechtet und vermag nur in der dritten Wählerklasse seinem Willen Ausdruck zu geben. Deshalb das rege Wesen, innerhalb dieser Körperschaft von diesem Vorrecht des Besitzes nichts preiszugeben, in ihm übernehmend die Hausbesitzerinteressen die Gesamtinteressen, große Privatunternehmungen erlangen Rechte, die nicht zum Nutzen der Gemeinde ausschlagen und die socialpolitischen Aufgaben werden unbeachtet beiseite gestellt.

Ein Gemeinwesen mit so großen Mitteln könnte den ersten Platz einnehmen, ein Muster städtischer Fürsorge für Schule, Erziehung und Wohlfahrt sein, wenn nicht allen Aufgaben auf diesem Gebiet von der liberalen Mehrheit hemmend in den Weg getreten würde.

Die Partei, die dem Fortschritt huldigt, die die wichtigen socialen und politischen Probleme lösen will, die Socialdemokratie, bezeugt hier den entschiedensten Widerstand. Um so mehr Wiederhall hat die Partei mit ihrer Kritik in den Schichten der Bevölkerung gefunden, die längst das Unwürdige des heutigen Zustandes empfinden haben; die kräftige Abwehr aller Eingriffe, die geeignet erscheinen, die Kommune in ihren Rechten zu beeinträchtigen, fand in unsren Vertretern Wortführer einer unabhängigen Politik der Selbstverwaltung, wie sie nur von der Socialdemokratie vertreten und gefordert wird.

Die Arbeiterschaft wird bei den am 6. November stattfindenden Wahlen keine schwere Entscheidung haben, wenn sie fernerhin ihr Vertrauen entgegenbringt, sie wird um so eifriger für die socialdemokratischen Kandidaten eintreten, als sie wichtige Rechte zu schützen und zu wahren hat.

Die Versammlungen, die gestern tagten, gaben uns ein Bild des regen Interesses für die Wahlen in Arbeiterkreisen und berechtigten uns zu Hoffnungen eines guten Wahlausgangs, für den die Parteigenossen nunmehr mit aller Kraft zu wirken haben.

Ueber die Versammlungen gingen uns folgende Berichte zu:

Für den 4., 9. und 10. Kommunal-Wahlbezirk fand die Versammlung in Habels Festhall statt, die sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen hatte. Hier referierten die Genossen Jubeil und Dr. Bernstein. Stadtv. Jubeil führte eingangs seines Vortrages die Entwicklung der Socialdemokratie und ihren jetzigen unbestreitbaren Einfluß im Rathans den Anwesenden vor Augen. Redner wies auf den Druck, der von außen auf die Stadtverwaltung verübt werde, hin, auf die Bestrebungen, das Selbstverwaltungsrecht der Stadt zu beschränken, wenn nicht gänzlich aufzuheben. Er streifte die bekannnten Angelegenheiten bezüglich des Märzgefallenen-Denkmal, des Schlossplatzes, des Ententeaprojekt, die Umgestaltung der Linden. Die neuesten Ereignisse und Konflikte mit der Krone wegen der hochbedeutenden Durchquerung der Linden durch die Straßenbahn, die Bürgermeistereiwahl, die Errichtung der Märchenbrunnen sowie die Stellung des Kommunalstreikens zu allen diesen Fragen unterzog Redner einer scharfen Kritik unter lebhaftem Beifall der Versammlung. — Genosse Dr. Bernstein eröffnete sein Referat mit der Zurückweisung der national-socialen Angriffe auf die Socialdemokratie bezüglich der Wohnungsfrage, entwickelte die Forderungen unsrer Partei auf diesem sowie auf socialpolitischen Gebiet überhaupt — und weist in überzeugender Weise die Notwendigkeit einer Reorganisation der Stadtverwaltung nach. Diskussion fand nicht statt. Als Kandidat für den 4. und 10. Wahlbezirk wurde Genosse Jubeil, für den 9. Genosse Dr. Alfred Bernstein nominiert. Im Wahlkomitee wurden gewählt die Genossen Hensel, Hahn, Buchholz, Lehmann, Witte, Jwanzig, Wolf, Wolter, Raumann. Nach einem anfeuernden Schlussworte des Vorsitzenden Genossen Scholz erfolgte Schluß der Versammlung.

Für den 11. und 12. Kommunalwähler-Bezirk fand Drammstr. 180 eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Theodor Meyner und Stadtverordneter Gottfried Schulz über die bevorstehenden Wahlen referierten. Beide Redner kritisierten unter lebhaftem Beifall, inwieweit die Berliner Stadtverwaltung unter dem „Regiment des Freisiums“ den Anträgen der socialdemokratischen Fraktion im Roten Hause Beachtung geschenkt habe, sei dies in Beziehung auf sociale Einrichtungen oder auch solche, die sich mit den finanziell-wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt befassen. In jeder Beziehung, so wurde betont, haben die „liberalen Väter“ der Stadt Berlin den Beweis erbracht, daß sie eifrig bemüht sind, ihren „freiherrlichen Prinzipien“ sich immer mehr zu entfremden zum Schaden der Arbeiter, und darum gehören Männer ins Stadtparlament, die ein Herz für das arbeitende Volk haben. — An der Diskussion, die sich im Sinne der Referate bewegte, beteiligten sich etliche Redner. — Als Kandidat für den 11. Bezirk wurde Genosse Theodor Meyner, für den 12. Gottfried Schulz nominiert. Die Kommission für die Vorarbeiten zur Wahl besteht aus den Genossen Weise, Menzel, Ratsch, Rasche und Salzmann.

Eine starkbesuchte Kommunalwähler-Versammlung für den 22. und 23. Wahlbezirk tagte am Dienstag in den Lokale „Königsbau“. Stadtv. Genosse Dr. Hermann referierte über die Bedeutung der Kommunalwahlen. Er führte etwa folgendes aus: Leider wird die Bedeutung der Kommunalwahlen selbst von den Parteigenossen ganz bedeutend unterschätzt, trotzdem die Kommunalwahlen doch für das Proletariat ebensolche Bedeutung haben wie die Reichstagswahlen. Die diesjährigen Reichswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung finden zum erstenmal unter dem vom Landtag im vorigen Jahre geschlossenen Wahlgesetze statt. In diesem Gesetz ist wieder das Recht der Wähler der III. Abteilung geschmälert zu Gunsten der I. Wählerabteilung. Redner kritisierte sodann das Volksschulwesen in Berlin. In den 70er Jahren fand Berlin an der Spitze des Volksschulwesens. Heute sind wir mehr oder weniger von allen größeren Kommunen auf diesem Gebiete überflügelt. Redner beleuchtete die Misere der städtischen Krankenhäuser, die Krankenhausnot, sowie die Misere den Verelendeten. Durch den bekannnten Ausspruch „Unten drunter und nicht oben drüber“ ist dieser Anlauf der Linden trotz der ungewöhnlich hohen Summen zu Wasser geworden und wird sich niemals rentieren. Redner geht sodann auf die Arbeitslosigkeit ein und beleuchtet die Misere des Wohnungswesens. Die Wohnungsnot, wie sie hier be-

steht, glaubte die Stadtverordneten-Versammlung mit der sogenannten Kaiser Friedrich-Stiftung zu lösen; die Zinsen aus dem Kapital, circa 90000 M., sollten zur Milderung der Wohnungsnot verwendet werden. Auch hier wie auf allen Gebieten hat der kommunistische Freisinn bewiesen, daß er durchgreifende Reformen nicht ausführen kann, noch will. Genossen, so schließt der Referent seinen Vortrag, sorgen Sie dafür, daß am 6. November die richtigen Männer ins Stadtparlament, ins Rote Haus einziehen. Sorgen Sie dafür, daß mehr Socialdemokraten dort ihren Einzug halten, um so für das Wohl des Volkes in immer intensiverer Weise zu wirken. (Lebhafte Beifall.) Stadtv. Genosse Dupont als zweiter Referent beleuchtet zunächst das Submissionswesen. Redner weist hin auf die ungeheuerliche Rückständigkeit der Kommune, vornehmlich der Freisinnigen im Stadtparlament gegenüber den socialdemokratischen Anträgen in Bezug auf die Löhne und sonstige hygienische Forderungen. Da es sich für die Zukunft um hochpolitische Fragen handelt, so sei es notwendig, daß tauffeste Männer, Männer der Socialdemokratie am 6. November ihren Einzug halten. In der Diskussion stellt Wassner in eingehender Weise einen Vergleich zwischen der Gemeinde London und Berlin vornehmlich in der Frage des Submissionswesens an und fordert ebenfalls zu reger Beteiligung an den Kommunalwahlen auf. Dr. Friedberg erklärt, zu den gemachten Ausführungen wenig mehr hinzufügen zu können. Es wäre eine Schmach, wenn am 6. November nicht die Kandidaten der III. Wählerabteilung überall den Sieg davon tragen würden. Thue ein jeder seine Pflicht, eifrig und offen in den Kampf gezogen und der Sieg ist unser. (Stürmischer Beifall.) Hierauf werden einstimmig für den 22. Wahlbezirk Dr. Friedberg, für den 23. Bezirk Genosse Emil Wassner vorgeschlagen. Zum Wahlkomitee werden für den 22. Bezirk gewählt die Genossen Paader, Weimann, Candal und Werner; für den 23. Bezirk Blume, Galle und Wyle. Im Verschiedenen sprachen die Genossen Stadtv. A. Hoffmann und Stadthagen, in marianter und drastischer Weise die heutigen Verhältnisse streifend. Mit einem energischen Appell, daß jeder seine Pflicht thue, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Die im 29. und 41. Kommunal-Wahlbezirk im Rosenthaler Hof seitens unsrer Parteigenossen einberufene Versammlung war sehr gut besucht. In marianter Züge zeichnete Genosse Paul Singer ein wenig schmeichelhaftes Bild von dem Thun und Treiben des bürgerlichen Liberalismus. Hier die wirtschaftlich Ausgebeuteten, denen man die größten Schwierigkeiten bereitet, ihr Recht auszuüben, und dort die kapitalistische Gesellschaft, die dem letzten Weg ihres „Freisinn“ egoistischen Zwecken zu opfern. Gebieterlich verlange die wirtschaftliche Lage der Schwachen und Armen eine Vertretung im „Roten Hause“, die besteht ist, die Interessen derselben richtig zu wahren. Wie traurig es beispielsweise auf dem Gebiete der Schule bestellt ist, ergibt die Thatsache, daß die Frequenz in der Gemeindefachschule 52 Schüler beträgt, während in einer Realschule deren nur 27 durchschnittlich vorhanden sind. Wie schädlich eine solche Zusammenpferdung von Schülfern in pädagogischer und hygienischer Beziehung wirkt, zeigte Redner an einzelnen treffenden Beispielen: Die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel sei eine Forderung, die die Socialdemokratie erstrebt, um die Gegenstände, welche die Kindseele schon in der Schule vergiften, zu beseitigen. (Beifall.)

Rechnlich liegt es auch mit der Fürsorge für die Waisen. Hier sei es Menschenpflicht, dafür einzutreten, daß diese zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen werden.

Eines der wichtigsten Gebiete, das die Arbeiterschaft beschäftigt, ist die Arbeitsgelegenheit der städtischen Arbeiter. Wir verlangen für diese die achtstündige Arbeitszeit, Arbeiterauschüsse und Zustände, die eines Gemeinwesens von der Größe Berlins würdig sind. Die Arbeiterklasse ist das grundlegende Element der bestehenden Gesellschaft und dieses Element zu schützen ist unsre heiligste Pflicht. (Beifall.)

Unter dem Beifall der Anwesenden entwickelte der Redner weiter die programmatischen Forderungen der Socialdemokratie. Auch der sich immer mehr breit machende Hyazinthenbusch der jetzigen Stadtvertretung in Bezug auf bössliche Angelegenheiten müsse unter allen Umständen beseitigt werden. Hier gelte der Grundsatz, wer einen Besuch erhält, möge auch die Kosten tragen. (Lebhafte Bravo!) Die Nichtbefähigung Kaufmanns sei eine Maßnahme, die sich mit den heutigen rechtlichen Anschauungen nicht deckt. (Bravo!) Auch in Bezug der Ueberführung der elektrischen Bahn über unter den Linden brauchen wir dem Diktum: „Wird unterirdisch gemacht“ keineswegs zu folgen, es finden sich da Mittel und Wege, dies auch ohne ein Millionenprojekt zu bewerkstelligen, indem man die Linie nur bis zu den Linden führt. Der „Märchenbrunnen“ in seiner „gemüthlichen Darstellung“ erfahre eine recht sarkastische Beurteilung. Unter dem Beifall der Zuhörer legte Singer die rechtlichen Gründe der Stadt dar und gab ein anschauliches Bild der Vorkommenheit unsrer freisinnigen Wonneseelen. Er schließt mit den Worten: Es sei angebracht, Männer in die Stadtvertretung zu entsenden, die sich nicht jeder Regelung des Militarismus fügen; es ist die höchste Zeit, daß wir uns darauf besinnen, unsre Rechte zu schützen, einzutreten für das Wohl der Arbeiter und damit für das der Gesamtheit. In diesem Sinne müssen wir wirken, um am 6. November den socialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. (Lebhafte Bravo!)

Eine Diskussion wurde nicht beliebt und nunmehr als Kandidat des 29. Bezirks Genosse Dr. Friedberg und für den 41. Bezirk Genosse Wabiel proklamiert.

Die Parteigenossen des 32. Kommunal-Wahlbezirks hatten sich äußerst zahlreich bei Dase, Brunnenstr. 154, versammelt. Genosse Dr. Karl Liebknecht erläuterte in knapper, aber treffender Darstellung das Kommunalprogramm der Socialdemokratie und zeigte, daß die Socialdemokratie die einzige Partei sei, die in zielbewusster Weise von höheren Gesichtspunkten aus Kommunalpolitik treibe. In scharfen Worten geißelte er die freisinnige Mehrheit im Berliner Stadtparlament, die nicht nur jeder socialen Fürsorge abhold, sondern sogar so feige sei, daß ihre Mitglieder sich nicht einmal getrauten, Bravo zu sagen, wenn von socialdemokratischer Seite die absolutistischen Bestrebungen aus neuester Zeit zu ihrer großen Freude kritisiert würden. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Genosse Karl Liebknecht wurde dann einstimmig als Kandidat für den 32. Bezirk aufgestellt. Nach Bestellung eines Wahlkomitees nahm Stadtverordneter Fritz Wille als zweiter Referent das Wort und schilderte die rege Thätigkeit der Socialdemokraten im Roten Hause, um mit einem zündenden Aufbruch zum Wahlkampf zu schließen. In der folgenden Debatte wurden die Arbeitsverhältnisse in der städtischen Gasanstalt als recht sehr der Abhilfe bedürftig gekennzeichnet. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie trennte man sich.

Die Kommunalwähler-Versammlung für den 34. und 35. Wahlbezirk tagte bei Ruhmann, Schönhauser Allee 148. Sie war von ungefähr 900 Personen besucht. Der Referent Stadtverordneter Wurm geißelte in satirischer Weise die Vorgänge im Roten Hause, wie der Berliner Freisinn aller Schattierungen eine Herrschaft ausübe, von der der arbeitende Teil der Bevölkerung nie etwas zu erwarten habe.

Der eifrigste Hyazinthenbusch, die sehr späte Befähigung des ersten Bürgermeisters, die Nichtbefähigung des zweiten Bürgermeisters Kaufmann sowie die Märchenbrunnen-Angelegenheit gaben Anlaß zu einer heftigen Kritik. Auch habe es den Anschein, als ob die städtische Verwaltung ein paar Strohen weiter verlegt wäre. Der zweite Referent Ramlow schloß sich den Ausführungen des Genossen Wurm vollständig an und hofft, daß am 6. November die Arbeiter zeigen werden, wenn sie ihr Vertrauen entgegenbringen. Nachdem noch einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen hatten, wurden die Genossen Ramlow im 34. und Genosse Wurm im 35. Bezirk einstimmig gewählt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie schloß die Versammlung.

Im 26. Bezirk sprach vor einer gut besuchten Versammlung im Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße, Genosse Dr. H. Wehl.

Der Redner unterzog die Herrschaft der liberalen Mehrheit des Stadtparlamentes einer scharfen aber gerechten Kritik, wies nach, wie wenig es die Freisinnigen verstanden haben, mit ihrer aufbrüchlichen Besessenheit gegen die Wünsche von oben das Recht der Selbstverwaltung der Stadtgemeinde zu wahren, wie sie sich nur von eigenwilligen Motiven leiten lassen und durchaus kein Interesse und Verständnis haben für die socialen Forderungen, die die arbeitende Bevölkerung an die Gemeinde stellen muß. Der Redner schließt seinen kurzen aber inhaltreichen Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß, wenn auch die Socialdemokraten im Roten Hause nur eine Minderheit bilden, sie doch durch ihre Mahnungen, Warnungen, und Rathschläge schon manches Gute durchgesetzt haben, daß es darauf ankommt, die Minderheit, deren Ziel es ist, an die Stelle des Gemeindefreiwirtschafts den Gemeindefreiwirtschafts zu setzen, zu einer möglichst imposanten zu gestalten, und daß jeder die Pflicht hat, hierauf hinzuwirken. — Da sich kein Gegner zum Wort meldete, wurde von einer Disjunktion Abstand genommen und dann dem Genossen Dr. Hermann Wehl einstimmig die Kandidatur für den 36. Bezirk übertragen. Zum Wahlkomitee wurden die Genossen Lehninger, Schuldt, Tripner, Urzagina und G. Hoffmann gewählt.

Im 44. und 45. Kommunal-Wahlbezirk referierte Genosse Glöde und Dr. Liebknecht vor einer von ca. 1000 Personen zählenden Versammlung über die Thätigkeit und ferneren Aufgaben der socialdemokratischen Stadtverordneten. Sie erläuterten in wirkungsvoller Weise die einzelnen Punkte des socialistischen Kommunalprogramms und gaben eine Charakteristik der freisinnigen Majorität im Roten Hause. Mit dem Hinweis, daß mit der Zunahme der socialistischen Vertreter im Roten Hause ein anderer Zug durch die städtische Verwaltung gehe und die eigentlichen Aufgaben der Kommune, zur Durchführung gebracht würden, schlossen die Referenten ihre öfter von Beifall unterbrochenen Referate. Zur Diskussion meldete sich keiner der anwesenden Gegner. Es fand hierauf die Aufstellung der Kandidaten statt. Für den 44. Wahlbezirk wurde Genosse T. H. Glöde und für den 45. Genosse Dr. Karl Liebknecht aufgestellt. Nach Wahl der Wahlkomitees schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie.

Die Versammlung für den 48. Wahlbezirk tagte im Lokal Wabstraße 19. Dieselbe war sehr stark besucht, auch die Frauen waren gut vertreten. Genosse Pfannkuch zeigte in seinem sehr anschaulichen und beifällig aufgenommenen Referat und an der Hand desjenigen, was die socialdemokratische Fraktion im Roten Hause durch ihr energisches Wirken bisher erreicht hat, wie notwendig es ist, daß das arbeitende Volk auch fernerhin seine Vertreter, und zwar in noch größerer Anzahl als bisher, in das Stadtparlament entsendet. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Jahn und Hing. Als Kandidat wurde einstimmig wieder Gen. Pfannkuch aufgestellt. In das Wahlkomitee wurden die Genossen Anders, Scher, Lunde, Seeger und Herfurth gewählt. Nachdem der Vorsitzende Herfurth noch zu lebhafter Agitation und zum Abonnement des „Vorwärts“, sowie zum Beitritt zur Partei-Organisation aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit dem üblichen Kampfesruf der Socialdemokratie geschlossen.

Sociales.

Gewerbliche Vergiftungen. Das französische Arbeitsamt hat soeben ein umfangreiches Buch veröffentlicht, in welchem die Vergiftungen behandelt werden, die sich die Industriearbeiter durch ihre Beschäftigung zuziehen. Den ersten Rang nehmen die Bleivergiftungen ein. Es wurde festgestellt, daß von 141 Schwangerschaften, bei denen der Vater an Bleivergiftung litt, 82 Fehlgeburten, 4 vorzeitige und 5 Totgeburten zu verzeichnen waren. Von den 59 übrigen lebenden Kindern starben 15 im Laufe der ersten drei Monate, 20 weitere bis zum Schluß des ersten Jahres, so daß nur 15 das erste Lebensjahr überdauerten. Ist auch die Mutter von der Bleikrankheit erfaßt, so sind die Folgen natürlich noch bei weitem schlimmer. Nach den Feststellungen des Arbeitsamtes sind insgesamt 111 Berufsweige der Vergiftung durch Blei ausgesetzt. Außer den Personen, welche das Blei bearbeiten, kommen vor allem die Maler in Betracht, welche Bleifarben anwenden müssen. Sodann aber kommen noch in Betracht die Verfertiger künstlicher Blumen, die Spigenarbeiterinnen (die durch die Fabrikation vergifteten Spigen erhalten mit Hilfe von Bleiweiß wieder ihre frühere Farbe), die Schriftsetzer, die Accumulatoren-Arbeiter und eine Menge anderer Berufe. Der Bericht weist ferner auf die langsamen, unmerklichen, nichtbestehender gefährlichen Einflüsse der Vergiftungen durch Kohlenoxyd hin, welchen die Köche, Köchinnen zc. ausgesetzt sind, aber auch die Familien, die in schlecht ventilierten Räumen mit ungenügend durchziehenden Oefen wohnen. Schließlich wird die Aufmerksamkeit gelenkt auf die Spielstätten der Kinder, die meist mit giftigen Farbstoffen bedeckt sind. — Die meisten dieser Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter lassen sich leicht durch einfache hygienische Maßnahmen beseitigen. So ist in den französischen staatlichen Zündholzfabriken die Gefahr der Vergiftung durch Phosphor beseitigt durch das Verbot der Verwendung von weihem Phosphor; auch in den Farben ist das Bleiweiß wohl entbehrlich und durch andre Stoffe ersetzbar, nur sind die Kosten etwas höhere, und daher sträuben sich die Unternehmer natürlich, diese in Anwendung zu bringen. In Frankreich besteht schon lange eine Bewegung wider das Bleiweiß; es dürfte demnach ein ganzliches Verbot desselben zu erwarten sein.

Eine bemerkenswerte Bedingung für die städtischen Verdingungsverträge fordert ein Antrag eines Stadtverordneten in Trier, der schließlich der neugebildeten „socialen“ Kommission überwiesen wurde. Danach soll der Stadtverwaltungen zur Pflicht gemacht werden, bei Vergebung von Arbeiten jeder Art die Bedingung zu stellen, daß die betreffenden Unternehmer nicht allein für die Versicherung ihrer Leute gewissenhaft zu sorgen haben, sondern daß sie auch verpflichtet sind, vor Anbahnung mit der Behörde den Nachweis zu erbringen, daß die Beiträge regelmäßig an die Versicherungs-Einrichtungen, wie Krankenkassen, Invalidenversicherung und Berufsgenossenschaften, abgeführt sind, und soll die Behörde gehalten sein, im Fall vorhandener Rückstände diese kurzerhand an dem Gutachten des Arbeitgebers in Abzug zu bringen, um so die Arbeiter vor Schäden zu bewahren. Ferner, daß Arbeitgeber, welche in Erfüllung ihrer Verpflichtung der Arbeiterversicherung gegenüber nachlässig oder fortgesetzt im Rückstande sich befinden, von der Verwertung um öffentliche Arbeiten zeitweise auszuschließen seien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Recklinghausen, 15. Oktober. (W. T. V.) Bei Station Sinsay der Strecke Wanne-Münster wurde ein mit Nüssen bespanntes Gefährt von einem Zuge überfahren und zertrümmert. Der Fahrer des Gefährts wurde getödtet.

Gelsenkirchen, 15. Oktober. (W. T. V.) Auf Zechen „Hibernia“ gerieten zwei Bergleute unter herabfallendes Gestein, einer wurde getödtet, der andre erlitt schwere Verletzungen.

Brag, 15. Oktober. (W. T. V.) Der Wiener Personenzug, der 140 Passanten beförderte, entgleiste in der Nähe von Belasowitz. Sechs Personen wurden verletzt.

Paris, 15. Oktober. (W. T. V.) Beim Wiederzusammentritt der Deputiertenkammer wird der Deputierte Sembat eine Interpellation über den französisch-türkischen Zwischenfall einbringen.

Selaterinoblaw, 15. Oktober. (W. T. V.) In dem Schacht einer Erzgrube im Bezirk Slawjanskobrod brach in der Bretterbedeckung des Schurfs Feuer aus. Der Rauch verbreitete sich in zwei Schichten, in denen sich 15 Arbeiter befanden; vier wurden herrettet, neun wurden als Leichen geborgen; zwei sind noch nicht aufgefunden.

Aus Industrie und Handel.

Eine Innung. Wir haben vor Monaten bereits auf den Zusammenbruch der schönen Rechnungen der Hannoverschen Straßenbahn hingewiesen. Die Gesellschaft hat eine ganze Reihe weit ins Land hinaus führender elektrisch betriebener Straßenbahnen angelegt, die sich, wie vernünftige Leute von Anfang an voraussahen, als unrentabel erweisen. Trotz ungeheurer Emissionen von Aktien und Schuldverschreibungen in den letzten Jahren fehlt es wieder an Geld, und es sind nun zur Deckung von Schulden und weiteren Anschaffungen und Anlagen 4 200 000 M. erforderlich. Diese Summe wird, da freiwillige Kapitalleistungen von der Börse und den Banken nicht mehr zu erreichen sind, auf dem in solchen Zeiten beliebten Wege einer Art von Erpressung von den Aktionären verlangt. Die Aktionäre haben natürlich, so lange sie Aussicht haben, einen Teil ihres Aktienkapitals zu retten, ein Interesse daran, das Unternehmen, an dem sie beteiligt sind, mit Zuteilung von Aktien zu halten. In Hannover stehen die Sachen aber so, daß das Aktienkapital als verloren anzusehen ist. Dividende wird im laufenden Jahre schon nicht mehr bezahlt und es ist auch keine Aussicht auf eine solche für die nächste Zukunft. Die Verwaltung hat schon seit einigen Jahren, wie ihr auch amtlich vom hannoverschen Magistrat vorgeworfen ist, die Lage der Gesellschaft verschleiert, nicht die erforderlichen Abschreibungen gemacht und Dividenden und Anleihen bezahlt. Am Sonnabend steht die Generalversammlung der Aktionäre bevor; dazu hat die Verwaltung einen Bericht erscheinen lassen, der so ziemlich die stärkste Leistung ist, die man je einer Versammlung zugemutet hat. Der Bericht giebt zu, daß die Einnahmen hinter den Schätzungen um 300 000 M. zurückgefallen — es wird wohl noch mehr sein — und muß ferner zugeben, daß aus den Einnahmen außer Kosten und Abschreibungen nur die Schuldzinsen gedeckt werden können. Um den Aktionären aber trotzdem wenigstens eine Hoffnung auch nur auf Zinsen für die neu von ihnen geforderten Millionen zu machen, muß sie der Bericht auf eine „erfahrungsmäßige Steigerung“ der Einnahmen verweisen und auf „bessere Zeiten“.

In der Versammlung am Sonnabend wird es wohl ziemlich stürmisch zugehen. Ein hannoversches Bankhaus, das Opposition machen will, wird in einem anonymen Inserat im „Vorschu“ heftig angegriffen. Dabei ist dies Bankhaus noch viel zu zahm, denn es will die sehr notwendige gründliche Revision der unsinnigen Geschäftsführung der Verwaltung scharf, wenn die geforderte Zuzahlung durch neue Gewinn-Anteilsscheine beschafft werde. Das Kapital der hannoverschen Straßenbahn ist aber ohnehin schon viel zu üppig, zu groß.

Zur Frage der Kohlenpreis-Ermäßigung. Die vor einiger Zeit auftretende Nachricht, das Kohlenhindernis im Verein mit dem Coalsyndikat habe die Absicht, die Preise für Industriekohle für nächstes Jahr um 1—1,50 M. die Tonne herabzusetzen, wurde von der Syndikatspresse sofort dementiert und die heutige Preisliste als feststehend bezeichnet. Wie die „Allg. Volkstz.“ berichtet, ist nun in der Sitzung des Coalsyndikats am 10. Oktober die Preisfrage eingehend ventilert worden. Es ist auch von der Mehrzahl der anwesenden Aufsichtsratsmitglieder die Notwendigkeit einer Preisermäßigung angesichts der durch die mangelhaften Verhältnisse im Eisenwerke hervorgerufenen Absatzschwierigkeiten anerkannt worden. Die Minderheit, darunter namentlich der Generaldirektor einer großen Bergwerks-Gesellschaft, vertrat dagegen die Ansicht, daß die Nachfrage auf dem Coalsmarkt durch eine Preisermäßigung nur wenig gesteigert werden würde. Auch eine zu große Rücksichtnahme auf die unglückliche Lage des Eisenwerkes sei unangebracht, da die Eisenwerke dieselbe durch Preisunterbietungen und sonstige verfehlte Maßnahmen zum großen Teil selbst verschuldet hätten. Das Eisenwerk müsse, so wurde von dem betreffenden Vorsitzenden ausgeführt, aus seiner mangelhaften Lage auch ohne ermäßigte Coalspreise sich befreien können. Diese Ausführungen scheinen indes den Willen der Mehrheit der Anwesenden nicht gefunden zu haben; denn die Preisfrage wird den Aufsichtsrat im nächsten Monat noch einmal beschäftigen.

Da das Coalsyndikat bei dem Winderverbrauch in der Eisenindustrie seine Produktion schon auf 33 1/2 Proz. einschränken mußte und gegenwärtig das Gerücht herumgeht, diese Prozentziffer soll auf 40 erhöht werden, so läßt sich wohl daraus die nachgiebige Stimmung der Aufsichtsräte erklären. Geringe Preisherabsetzungen würden allerdings keine Erleichterung für die Eisenindustrie bedeuten, denn die Interessenten erheben große Ansprüche, die bei der mangelhaften Lage der Industrie erklärlich sind. Schlimmer sind die kleinen Verbraucher der Hausbrandkohle daran, die gar keinen Einfluß auf die Syndikatswucherer ausüben können.

Darlehensanfall für Gewerbetreibende in Leipzig. Der 45. Jahresbericht weist auf die Karte, durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank am Platze entstandene Kreditbedürftigkeit hin, die der Gesellschaft eine Vermehrung der Conten um 506 brachte. Die Anstalt hat vorzugsweise den kleineren Gewerbe- und Handel-treibenden Kredit gewährt. Eingereicht wurden 8161 Darlehensgesuche im Gesamtbetrag von 1 629 931 M., das sind 900 Gesuche und 1 621 776 M. mehr als im Vorjahre. Bewilligt wurden 6987 Gesuche mit 1 245 125 M. Zur Abschreibung gelangten auf 21 Conten 2538 M. Der Reingewinn beträgt 20 618 M., wovon das Kuratorium und der Beamten-Pensionsfonds je 20 Proz. und das Kapital-Conto 60 Proz. erhalten. Das Vermögen der Anstalt beträgt am Schlusse des 45. Geschäftsjahres 415 959 M., das des Beamten-Pensionsfonds 27 179 M.

Ein Gegenzug der Konkurrenz. Der Verein der Chokoladenfabrikanten gab vor kurzem bekannt, er würde sich künftig der Preis-treiberei des Zuckersyndikats dadurch entziehen, daß er eine eigene Zuckersiederei in Betrieb setze. Natürlich war das Zuckersyndikat von diesem Vorhaben eines seiner Hauptabnehmer nicht gerade freudig gestimmt und es antwortet nun mit einem Gegenzug. Wie die „Deutsche Zuckerindustrie“ mitteilt, geht das Kartell deutscher Zucker-Fabrikanten mit der Absicht um, eine mit allen technischen Neuheiten ausgestattete Chokoladen- und Confitüren-Fabrik zu errichten, um so ihr Fabrikat sehr gewinnbringend zu vermarkten. Ob die Ankündigung vorläufig nur eine Drohung sein soll, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, jedoch ständen der Ausführung des Vorhabens gewiß keine großen Schwierigkeiten entgegen. Gegenwärtig wird nur das Zuckersyndikat an andere Aufgaben denken müssen, wenn es nicht über alle seine Projekte stolpern soll.

Lage des Arbeitsmarktes. Das Bild, welches der Arbeitsmarkt im Monat September bot, zeigt ein völlig unentfaltetes Gepräge. Wenn auch an den Arbeitsnachweisen, so weit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, der Andrang weit stärker war als im Vorjahre, indem auf je 100 offene Stellen 147,5 Arbeitsuchende gegen 110,5 im September 1900 kamen, so hat doch im Vergleich mit dem Vormonat eine beachtenswerte Steigerung der Nachfrage stattgefunden, die es bewirkt hat, daß der Andrang von 150,2 auf 147,5 zurückgegangen ist. Erklärt wird diese Erscheinung durch den starken Arbeiterbedarf beim Oktoberumsatz in den großen Städten. In Berlin besetzte diese Nachfrage, wie der Centralverein für Arbeitsnachweis hervorhebt, den Verbleib in der zweiten Hälfte des Monats sichtlich. Vorzugsweise waren es die Expedienten, welche Arbeiter verlangten. Abgesehen aber von dieser nur wenige Tage dauernden Beschäftigungsgelegenheit wies der Arbeitsmarkt einen kleinen Rückgang in dem Mitgliederbestand der an die Berichterstattung angeschlossenen Krankenkassen auf. Im Vorjahre veränderte sich die Zahl der Beschäftigten im September überhaupt nicht; in diesem September nahm sie um 0,2 Proz. gegen 0,1 im Vormonat ab.

Geschäftsbericht der Aktiengesellschaften. Die Winterischen Papierfabriken in Hamburg hatten einen Gesamtgewinn von 2 388 437 M. (im Vorjahre 2 381 048 M.) Dividende 5 Proz. für Vorzugsaktien. Die Tochtergesellschaft Papierstoff-Fabrik Niederlaufungen schließt mit einem Bruttogewinn von 1 483 348 M. ab (i. V. 1 373 320 M.). Dividende 16 Proz. Die Wilhelmshager Chemische Fabrik in Hamburg erzielte 69 509 M. Bruttogewinn. Dividende 4 Proz. (i. V. 5 Proz.). — Der Vergische Gruben- und Hüttenverein in Hoch-dahl verzeichnet einen Reingewinn von 489 501 M. (im Vorjahre 325 934 M.). Dividende 25 Proz. (i. V. 15 Proz.). — Die Annaburger Steingutfabrik giebt ihren Reingewinn auf 56 408 M. an (i. V. Verlust 211 510 M.) Dividende wird nicht verteilt. — Die Striegauer Wärfen-Aktiengesellschaft berichtet über einen Reingewinn von 220 934 M. Dividende 8 Proz. (i. V. 9 Proz.). — Die Schiffswerft Weser in Bremen hatte einen Reingewinn von 410 432 M. (i. V. 251 570 M.) (Dividende 12 Proz. (i. V. 8 Proz.)). — Das Hulschinsky'sche Hüttenwerk erzielte einen Bruttogewinn von 1 641 401 M. (i. V. 3 283 424 M.) Dividende 4 Proz. (i. V. 12 Proz.).

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Freitagabend 8 Uhr spricht der aus der Leitung der Schweizerischen Socialdemokratie bekannte Genosse Robert Seidel (Zürich) im großen Saale der „Messource“, Kommandantenstr. 57, über: Die Arbeiterbewegung und die Socialdemokratie in der Schweiz. Nege Beteiligung der Genossen und Genossinnen erwartet. Der Vertrauensmann.

Donnerstagabend 8 Uhr spricht Genosse Robert Seidel in einer bei Habel in der Bergmannstr. 5—8 stattfindenden Volks-versammlung über den schweizerischen Volksstaat. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensperson.

lokales.

Arbeitslosigkeit und Kommune.

Die Armenverwaltung hat beschlossen, dem Magistrat davon Mitteilung zu machen, daß auf den Etat der Armenverwaltung der Einfluß der Krise sich in starkem Maße zeigt. Die Armenverwaltung will dem Magistrat anheimstellen, geeignete Schritte zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Es ist erfreulich, daß die Armenverwaltung hierdurch dokumentiert hat, daß es ihre Aufgabe nicht nur ist, den durch die sociale Lage und durch andre Umstände existenzlos Gewordenen das Notwendigste als Armenverband zu gewähren, sondern ihr Augenmerk vor allem auf Vorbeugung der Verarmung zu richten. Schritte zur Vorbeugung kann sie freilich nur anregen, nicht selbst ausführen. Der Magistrat wäre in der Lage, in etwas der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, so durch vermehrte Beschäftigung Arbeitsloser, durch Hindrängen darauf, daß die Arbeitszeit insbesondere in den für städtische Anlagen usw. arbeitenden Betrieben herabgesetzt wird, ferner daß Berliner in den städtischen Betrieben, Anlagen, Erdarbeiten und Bauten gegen einen Minimallohn und eine Maximal-arbeitszeit beschäftigt werden, ferner, daß städtische und der Stadt dienende Arbeiten durch die gewerkschaftlichen Organisationen ausgeführt werden. Auch ist es Sache des Magistrats, Vorschläge nach der Richtung zu machen, daß Vorkaufsfonds für vorübergehende, der Hilfslosigkeit nahe Zustände geschaffen und eine hinreichende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in die Wege geleitet werden. Die angeführten Punkte bedürfen einer eingehenden schnellen Beratung und endlichen Lösung in dem von socialdemokratischer Seite zu vielen Malen angeregten Sinn. Verrückte Nehe sich der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene fürchtbare Notstand freilich nicht, wohl aber mildern. Im Reich der Armenverwaltung zeigen sich naturgemäß nur die podendsten Folgen der Arbeitslosigkeit. Die übergroße Zahl Arbeitsloser sucht ohne Hilfe von Armenmitteln sich über Vord zu halten.

Von den fliegenden Klassen der Gemeindefschulen.

Ueber eine Zunahme der fliegenden Klassen im Bezirk der 15. Schulinspektion, zu dem die Gemeindefschulen der Schwedter, Nippiner, Rheinsberger, Gram-, Demminer- und Kuhlbuscherstraße gehören, wird in der Presse gellagt. Mit Beginn des Winterhalbjahres sei die Zahl der fliegenden Klassen in diesem kleinen Bezirk auf 18 gestiegen.

Auch die „Berliner Zeitung“ giebt dieser Klage Raum. Das genannte Blatt vertritt in kommunalen Fragen den Standpunkt derjenigen Fraktion, die sich „Neue Linke“ nennt und als die radikalste unter den freisinnigen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung gilt. Nun war es aber gerade die „Neue Linke“, aus deren Mitte heraus vor mehreren Jahren der städtischen Schulverwaltung ein einflussreicher Vorschlag erstand, als in der Stadtverordneten-Versammlung von socialdemokratischer Seite über die fliegenden Klassen gellagt wurde. „Die fliegenden Klassen sind“, so hieß es damals, „leider momentan in verschiedenen Gegenden notwendig, weil eine unerwartete Frequenz dort eintritt. Wir können ja nach und nach wissen, wie das kommt. Wenn politische Wahlen oder Kommunalwahlen stattfinden, dann wird an den Stellen, wo gewählt werden soll, immer ein ungeheurer Schulbedarf vorhanden sein.“

Hinter dieser, von dem Vorsitzenden der „Neuen Linken“ abgegebenen Erklärung verbarg sich die Andeutung, daß die Pflichtigkeit, mit der in manchen Stadtteilen eine Steigerung des Schulbedürfnisses eintritt, zurückzuführen sei auf den (nach gegnerischer Behauptung) von der socialdemokratischen Arbeiterbevölkerung gebildeten Frick, in solche Stadtteile zu ziehen, in denen gerade eine Wahl bevorsteht. Der städtischen Schulverwaltung war diese Hilfe von seiten der angeblich so überaus volkschulfreundlichen „Neuen Linken“ selbstverständlich sehr erwünscht. Stadtdirektor Vertrom sprachte damals vor Vergnügen, als er aus dem Munde des Führers dieser „Radikalen“ vernahm, woher das Uebel der fliegenden Klassen kommt.

Wenn die „Berl. Ztg.“ sagt, daß die Klagen über das Berliner Schulleben noch immer nicht verstummen wollen, so darf sie sich bei der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung dafür bedanken. Die Herren von der „Neuen Linken“ nehmen es zwar gewaltig übel, wenn man auch sie zu dieser Mehrheit zählt, aber der obige Fall lehrt, daß sie gelegentlich selbst in Schulfragen mit den „anderen Liberalen“, die von ihnen spöttisch als „auch freisinnige“ bezeichnet werden, denselben Strang gezogen und das Schulleben zu heilsamen Veränderungen verurteilt haben. Es wundert uns übrigens, daß die freisinnigen nicht auch diesmal die fliegenden Klassen auf einen „Wahltrieb“ der Socialdemokraten zurückführen. Die stehen ja gegenwärtig wiederum vor Stadtverordneten-Wahlen, und auch die Gegend des 15. Schulinspektions-Bezirks ist daran beteiligt.

Die Lässigkeit, die die städtische Schulverwaltung, auf solche Beschönigungsversuche gestützt und auf den Weisand aller freisinnigen pochend, bezüglich der Vermehrung der Schulen in früheren Jahren gezeigt hat, wirkt selbstverständlich noch jetzt nach. Die Läden, die damals entstanden sind, lassen sich ja nicht im Handumdrehen füllen; denn Schulgebäude sind nicht aus dem Boden zu stampfen. Aber selbst heute wird noch lange nicht so rasch mit der Vermehrung der Schulen vorgegangen, wie es nötig wäre; Venet

ist wieder der 15. Schulinspektions-Bezirk, in dem ein für einen Schulbau geeignetes Grundstück (Kuhbuscherstraße) zwar angekauft ist, aber (wie auch die „Berl. Ztg.“ hervorhebt) bis auf weiteres ver-mietet wird.

Das hat indes seine guten Gründe. Wenn die Schulverwaltung eine schnellere Vermehrung der Schulen fordern wollte, dann würde sie bei der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung auch heute noch auf recht harten Widerstand stoßen, zumal da die Schulbauten aus den laufenden Mitteln bestritten werden. „Immer langsam voran“, das ist nach wie vor der Grundsatz, der für die Berliner Volksschulen gilt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen zu befassen haben:

Wahl je eines Mitgliedes in die Baudeputation, in das Kuratorium der Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung sowie in das Kuratorium der Otto-Stiftung. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Vollendung und Auffüllung der von der städtischen Kunst-Deputation zur Ausschmückung des Friedrichshains bestimmten Märchenbrunnen. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: die Grundzüge für die Verdrückung fremder Dienstzeit bei der Pensionierung und Meldeverwaltung von besoldeten Magistratsmitgliedern, — die Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung der Stadt Berlin und Abstandsnahme von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerjahr von 4 Mark vom 1. April 1902 ab bis auf weiteres, — Genehmigung seines mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn getroffenen Abkommens wegen Einstellung des Akkumulatorenbetriebes und Erlass desselben durch Betrieb mittels ober- und unterirdischer Stromzuführung — und die Höhe der den Anliegern der Vorkagenerstraße zwischen Frankfurter Allee und Warschauerstraße für Abtretung der zur Freilegung der Vorkagenerstraße erforderlichen Terrains und Abbruch von Baulichkeiten zu zahlenden Beiträge — Vorlagen betreffend die Ernennung von Beisitzern und Vertreter-Stellvertretern für die Vorstände bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen, — die Einführung von Schutzvorrichtungen an den elektrischen Straßenbahnwagen, — die Ernennung des neuen städtischen Krankenhauses, — die Errichtung einer neuen Klasse in der städtischen Laubstrummen-Schule — und die Angelegenheiten der für den Friedrichshain projektierten Märchenbrunnen. — Desgleichen betrifft der Wahl eines Bürgerdeputierten in die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Mieselfelder, sowie eines Taxators für die Pferde-Ausbelegungs-Kommission IV. — die Renoual eines Bürgerdeputierten für die Schuldeputation — und die Wahl eines Mitgliedes zur Verwaltung des Centralfonds der Kleinkinder-Bewahranstalten.

Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar von 6 Uhr ab, die Wahl von sieben unbesoldeten Stadträten für die Stellen der Herren Fischel, Heller, Hübner, Marggraf, Dr. Münsterberg, Dr. Stragmann und Strauß, deren Wahlzeit mit Ende dieses Jahres abläuft, statt.

Ueber die Jakobiverammlung wird uns noch geschrieben: Herr Jakob verjuchte zunächst über die von Georg Bernhard gegen ihn erhobenen Anklagen mit Stillschweigen hinwegzugehen. Als sich dagegen Opposition geltend machte, beschränkte er sich auf die Erklärung, das gerichtliche Verfahren werde ihn rechtfertigen. Das Verlangen einer Minderheit der Wähler, daß Herr Jakob bis dahin „im Interesse der liberalen Sache“ auf ein Mandat verzichte, wurde besonders vom Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhans be-kämpft; man werde damit der Verleumdung Thür und Thor öffnen. Außerdem müsse das liberale Bürgertum Berlins, die letzte Säule des Liberalismus im Reich, einzig sein. Endlich sei Jakob der Name, der das Geld für die Wahlen schaffe. Auf den Inhalt des Artikels wurde im übrigen nicht eingegangen.

Der Bericht des Stadts Jakob war besonders interessant durch den unerkühten Appell an die socialpolitische Rückständigkeit des Philisters: 75 Proz. aller Steuern würden allein für die ärmeren Klassen ausgegeben — nämlich für Schulen, Krankenhäuser etc.; das allgemeine Wahlrecht werde nur gefordert, um auf Kosten der Begüterten zu wirtschaften. In Bezug auf die Wohnungsfrage äußerte Herr Jakob wörtlich: Die Herren wollen, daß die Stadt sorgt, daß jeder Mann entsprechend wohnt. Alle Welt würde dann hierher ziehen. Es fehlt nur noch, daß die Herren sagen, wir wollen Kleidung haben und uns nur noch der Mühe unterziehen, Kinder in die Welt zu setzen.

Rechtsanwalt Lieber, der gegen die Verurteilung ernste Ver-wahrung einlegte, mußte sich wiederholt dagegen wehren, daß er als Socialdemokrat bezeichnet wurde. Die blöde Jurat vor der Socialdemokratie und die Interessenwirtschaft des Philisters charakterisierten die ganze Versammlung, die auch infolgedessen auf Rückständigkeit ländliche Agrarversammlungen über-trumpfte, als sie Herrn Jakobis wiederholte Mahnungen, mit den Behörden ein gutes Verhältnis zu suchen, mit Besatz anfing, was selbst Herrn Langerhans zu stark war.

Übermals eine Eisenbahnreform. Der bevorstehende Geist ist in Preußen wader an der Arbeit. Eisenbahnminister Thielen hat an die Eisenbahndirektionen einen Erlass gerichtet, in dem er mittelst, von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der Jugend durch die auf öffentlichen Plätzen und Straßen sowie in den Vor-räumen der Stationsgebäude aufgestellten Automaten sitt-liehe Gefahr drohe, da die Kinder dadurch zur Raubhaftigkeit und auch zum Begehen strafbarer Handlungen verleitet würden. Der Minister fragt bei den Direktionen deshalb an, ob es sich empfehle, den Verkauf von Zuckervaren durch die Automaten nach Ab-lauf der jetzigen Verträge darauf zu beschränken, daß die Benutzung durch unbeaufsichtigte Kinder verhindert wird.

Man merke wohl. Das Radikalmittel, die Automaten von den Bahnhöfen zu verbannen, wird nicht vorgeschlagen. Sie bringen dem Eisenbahnbetrieb ja Miene ein. Wohl aber soll nach Umständen verhindert werden, daß unbeaufsichtigte Kinder die Automaten be-nutzen. Ein solcher Verhinderungsapparat wird gewiß nicht viel schwerer zu konstruieren sein als die berühmten Ritz, die die städtische Straßenbahn verschwinden machen sollen.

Wegen Landfriedensbruchs wurden gestern zwei junge Burken festgenommen. An der Prenzlauer Allee, auf dem Wege nach Weihensee, liegt bei dem Steuerhause ein kleines ein-stöckiges Häuschen, worin eine Gastwirtschaft betrieben wird. Vor dieser standen gestern nachmittag sechs junge Stroche mit einigen Frauenzimmern, als ein Arbeiter des Weges kam. Die Burken rumpelten den Mann an und mißhandelten ihn, als er sich das nicht gefallen lassen wollte. Am letzte sich der Wirt ins Mittel schloß und suchte durch gütliches Zureden den Arbeiter vor weiteren Mißhandlungen zu schützen. Sofort drang die Motte jetzt auf ihn ein. Es gelang dem Bedrohten, sich in seine Behausung zurück-zuziehen und die Thür hinter sich abzuschließen. Die Stroche und ihre Frauenzimmer gaben sich aber damit nicht zufrieden, schleppten vielmehr von einem auf der Chauffee liegenden Haufen Steine heran und bombardierten das Häuschen von allen Seiten. Sämtliche Fenster scheibeln gingen in Trümmer. Auch damit nicht zufrieden, versuchte die Motte, die Haustür zu sprengen. Nun lud der Wirt sein Gewehr und feuerte zwei Schüsse auf die Angreifer ab. Durch den ersten wurde der 19jährige Arbeiterbursche Emil Jürgens am Halse, durch den zweiten der Arbeiter Friedrich Braunschreiber im Gesicht durch Schrotlöcher verletzt, 3. erheblicher. U. nur ganz leicht. Als die Wunde sah, daß der Wirt Ernst machte, ergreif sie die Flucht. Eine Polizeipatrouille konnte nur noch die beiden Ver-wundeten festnehmen. Diese wurden wegen Landfriedensbruchs der

Kriminalpolizei eingeliefert. Ihre Mitthäter wollen sie dem Namen nach nicht kennen.

Selbstmord eines Gymnasialisten. In der ältesten Wohnung erschoss sich am Sonntagabend der 19 Jahre alte Gymnasialist Fritz Staßlich, der Sohn eines Bankiers aus der Lauenzienstraße 7. Der junge Mann tötete sich kurz vor 10 Uhr, während sich zwei Brüder mit dem Vater in einem Nebenzimmer befanden, durch einen Revolverkugeln in das Herz. Ein Arzt, der von der Unfallstation am Zoologischen Garten gerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen.

Auf der Trabrennbahn auf Westend erhängt hat sich ein etwa 50 Jahre alter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Seinem Äußeren nach scheint er Arbeiter gewesen zu sein. Die Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schaubause gebracht. Der Mann hat dunkles, schon etwas ergrautes Haar und Vollbart und einen blonden Schnurrbart. Er ist etwa 1,78 Meter groß und trug grau karierte Beinkleider und Weste, eine blaue Arbeitsbluse, eine schwarze Schirmmütze und Schafstiefeln. Bei sich hatte er eine Glühbirne (Nr. 107) mit Nickelkette und eine Fabrikmarke, die A. G. 311 gezeichnet ist.

Einen Unfall mit tödlichem Ausgange erlitt der Rutscher Belgardt im Tempelhofer Wege in Schöneberg. Er fiel in der Hauptstraße von seinem Wagen und erlitt einen Schädelbruch, außerdem gingen ihm die Nieren über das rechte Bein und zermalmten dem Unglücklichen den Oberschenkel. Nach seiner Aufnahme in dem Lichterfelder Krankenhaus ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

Theater. Die Direction des Apollo-Theaters hat sich entschlossen, die „Frau Luna“ noch einige Tage aus dem Repertoire zu lassen. Küber der Operette kommt täglich das brillante Oktober-Programm zur Aufführung. Freitag wird das neue Ausstattungsspiel „König Konrad“ gegeben. In Friedenau, Rheinstr. 90, wird nächste Woche ein ständige Schauspielschule das „Freie Theater“ eröffnen.

Feuerbericht. Dienstag früh 8 Uhr brannten Ruppinerstr. 20 Lumpen und Gerimpel. Kurz darauf wurde Swinemünderstr. 41 der Fußboden im Dachgeschoss durch Feuer zerstört und Köpferstr. 33 hatte Montagmorgens die Klotzverpackung Feuer gefangen. Nach Löschung wurde die Wehr gerufen, um einen kleinen Wohnungsbrand abzulösen. In der Fichtestraße war Dienstag früh der sechsjährige Sohn des Klempners Eisecke von einem Straßenbahnwagen umgefahren und eine Strecke gefleht worden. Bei Anruf der alarmierten Wehr hatten jedoch Angestellte der Bahn den am Knie stark verletzten Knaben aus seiner gefährlichen Lage bereits befreit.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Die Regelung des hiesigen Leichenschaufwens bildete den Gegenstand einer Beratung, an welcher Vertreter der Polizeidirektion und des Magistrats teilnahmen. Es kam dabei zur Sprache, daß das seit 1874 hier eingeführte Verfahren sich bestens bewährt habe; daselbe besteht darin, daß der Standesbeamte nur dann die Sterbeurkunde ausstellt, wenn ihm ein ärztliches Attest vorgelegt wird, in dem die Todesursache angegeben ist. Es wurde beschlossen, dieses Verfahren auch fernerhin beizubehalten und daselbe im Wege der Polizeiverordnung zu legalisieren.

In Sachen der Schulgeldbeiträge, welche Berlin an Rixdorf zahlen soll, hatte der hiesige Magistrat der Stadt Berlin einen Vergleichsvorschlag gemacht, nach welchem letztere ihr in Rixdorf belegenes Eigentum der Gemeinde Rixdorf zu einem mäßigen Preise verkaufen sollte, wogegen Rixdorf auf seinen Anspruch verzichtet wolle. Darauf hat der Berliner Magistrat jetzt geantwortet, daß er auf diesen Vorschlag nicht eingehen könne, weil er auf Erhaltung seines Grundbesitzes großen Wert lege.

Die Schöneberger Stadterordneten-Versammlung beschäftigte sich am Montag mit dem von einer Vollversammlung an den Magistrat gerichteten Antrage, die Wahlzeit der dritten Abteilung für die am 11. November stattfindenden Stadterordneten-Wahlen bis 9 Uhr abends zu verlängern.

Stadtv. Genosse O b s t führte begründend aus, daß es manchem Arbeiter unmöglich gemacht sei, bis 7 Uhr im Wahllokal zu erscheinen, schon wegen der meist entfernten Arbeitsstätte. Der Magistrat hätte die Pflicht, jedem Wähler die Ausübung seines Wahlrechts zu ermöglichen, ob er der ersten oder der dritten Abteilung angehört. Verlangten doch sogar die Wähler der ersten Abteilung eine Veränderung der festgesetzten Wahlzeit mit der Begründung, daß sie zu der fraglichen Zeit gerade ihrer Arbeit — an der Vorse nachgeben müßten. Im Namen des Magistrats erklärte jedoch der Erste Bürgermeister, daß konsequenterweise keine Anträge irgend einer Partei entprochen werden könnten, weil eben die Wahlzeit schon festgelegt sei, daß man jedoch bei späteren Wahlen rechtzeitig auftretende Wünsche berücksichtigen würde. Bezeichnend für den Stand der Mehrheit war es auch, daß keiner der bürgerlichen Vertreter auch nur ein Wort zu sagen wußte. In der Kommission, der dieser Antrag zuerst vorgelegen hatte, wurde sogar die Ansicht ausgesprochen, die Arbeiter machten ja so oft gerne einen Feiertag, könnten also ganz ruhig das Opfer des Verlustes einiger Stunden bringen. Der Antrag wurde dann auch mit 23 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Ebenso erging es einer vom Genossen O b s t gestellten Anregung, analog der Wahlzeit in Berlin dieselbe wenigstens bis 8 Uhr abends zu verlängern. Hoffentlich werden unsre Genossen bei der Wahl die Antwort nicht schuldig bleiben.

Der Festlegung einer Fluchtlinie der durch die Schloßbrauerei führenden neuen Schloßstraße wurde zugestimmt; dies Projekt liegt allerdings noch in weiter Ferne.

Die Martin Luther-Straße soll provisorisch reguliert werden. Die Schüttung wurde der Berlinischen Bodenbesitzer übertragen, die Pflasterarbeiten werden dagegen von der Gemeinde ausgeführt.

Gerichts-Beitrag.

Der Hunger vor Gericht scheint angesichts des kranken Elends der jüngsten Zeit ein häufiger Gast zu werden. Während Berufsrichter kürzlich einen Mann zu neun Monaten Gefängnis verurteilt haben, weil er hungert eine Spiegelscheibe zertrümmert hatte, kam das Schwurgericht bei Beurteilung eines ähnlichen Falles gestern zu einem ganz andern Spruche. Der 28jährige Arbeiter Karl Schindler besaß sich wegen Straßenschnitzens auf der Anklagebank. Es handelte sich um zwei Kohlköpfe zum Gesamtwerte von 20 Pfennigen. Am Nachmittag des 28. August gingen die beiden zehn- und zwölfjährigen Knaben des Arbeiters Schreyer durch die Fennstraße, jeder einen Kohlkopf im Arme tragend. Der Angeklagte, der den Knaben entgegenkam, entriß plötzlich mit raschem Griff dem jüngeren den Kohlkopf und lief damit davon. Der ältere Bruder lief hinter dem Angeklagten her und war ihm dicht auf den Fersen. Nun wandte der Angeklagte sich gegen seinen jugendlichen Verfolger und versuchte auch ihm den Kohlkopf zu entreißen, den er noch im Arme hielt. Der Knabe wehrte sich nach Kräften; als der Angeklagte ihn aber am Halse packte und würgte, gab er den Kohlkopf frei. Der Mörder lief nun wieder davon. Er wuschene nahm aber die Verfolgung auf und holten ihn ein. Während des Laufens hatte der Angeklagte die Hälfte des rohen Kohlkopfes verzehrt. Im Termin gab er den Sachverhalt unumwunden zu. Ständige Arbeit habe er nicht finden können, er sei daraus angewiesen, als Gelegenheitsarbeiter ein paar Groschen zu verdienen. Im Monat August sei es ihm sehr schlecht gegangen. Seine alte Mutter handle mit Pilzenstöcken und zu damaliger Zeit habe er sich auch damit beschäftigt. Als er den beiden Knaben begegnete, habe der Hunger in seinen Eingeweiden gewühlt, beim Anblick der Kohlköpfe sei der Drang, den Hunger zu stillen, unwiderstehlich geworden und er habe thun müssen, was er gethan. Der Staatsanwalt hob hervor, daß dem Angeklagten zwar mildernde Umstände zubilligt werden könnten, aber die Thatbestandsmerkmale des Straßenschnitzens sich nicht aus der Welt schaffen ließen. Der Verteidiger wies

darauf hin, daß die That des Angeklagten nur als Mordraub zu kennzeichnen sei, habe derselbe doch unabweislich bewiesen, daß es ihm nur darum zu thun gewesen sei, seinen Hunger zu stillen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf der Angeklagte freigesprochen und seine sofortige Haftentlassung angeordnet wurde.

Vor dem Schöffengericht stand gestern wiederum ein Termin in der Privat-Verleumdungs-Verhandlung des Verleumdeters Rauch gegen die Redactoren Dr. Wötcher und Weill an. Die Klage ist ein Nachspiel zum Königer Wör-Prozess. Der Privatkläger stützt sich durch die Behauptungen, welche die Beklagten über seinen Charakter sowie über seine Thätigkeit im allgemeinen und sein Auftreten in Königs im besonderen ausgesprochen hätten, beleidigt. Die Sache ist schon mehrmals vertagt worden, da seitens der Verklagten ein umfangreicher Wahrheitbeweis angetreten worden war. Gestern konnte wieder nicht verhandelt werden, weil die Akten, die nach Hamburg geschickt worden waren, um einzelne auf Ref. Ella Goltz bezügliche Punkte aufzuklären, noch nicht wieder zur Stelle waren.

Wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten sollte gestern gegen den Grafen Pädler, Al. Tschirne und den Redacteur der „Staatsbürger-Ztg.“, Wädler, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I (Vorsitzender Landgerichts-Direktor Kähler) verhandelt werden. Zutrimmiert waren zwei Neben, die Graf Pädler vor längerer Zeit in zwei antisemitischen Versammlungen in den „Concordia-Sälen“ gehalten und die Verichte, welche die „Staatsbürger-Ztg.“ über diese Versammlungen gebracht hat. — Beim Aufstuf der Sache war nur der Angeklagte Wädler zur Stelle, ferner eine Reihe von Zeugen, unter ihnen der Verleger der „Staatsbürger-Ztg.“ Wilhelm Grün, Chefredacteur Dr. Wädler und der Reichstags-Abgeordnete Windwald. — Graf Pädler war nicht erschienen, es lag auch kein Entschuldigungsschreiben von ihm vor. Der Vorsitzende stellte fest, daß Graf Walter Pädler seiner Zeit beantragt hatte, ihn vom Erscheinen zu entbinden; darauf sei ihm mitgeteilt worden, daß dies nicht angingig sei. — Staatsanwalt Kanow beantragte die Verhaftung des Grafen Pädler, da es scheine, als ob derselbe jetzt gewohnheitsmäßig den gerichtlichen Vorladungen sich entziehe. So habe er auch nach Dresden zu einem dort anstehenden Termin transportiert werden müssen. Im übrigen beantragte der Staatsanwalt, die Sache zu trennen und gegen den Angeklagten Wädler allein zu verhandeln. Einer solchen Trennung widersprachen der Angeklagte und sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Gahn. — Charlottenburg, da das subjektive Moment sehr wesentlich sei und der Gerichtshof vielleicht zu einer andern Auslegung der Artikel komme, wenn er die Persönlichkeit des Grafen Pädler vor sich habe. — Staatsanwalt Kanow erwiderte, daß es nach der bekannten Reichsgerichts-Entscheidung nicht darauf ankomme, welchen Eindruck Graf Pädler mit seiner Rede auf die begrenzte Zahl seiner Zuhörer gemacht habe, sondern welchen Eindruck die weiter verbreitete Rede auf einen größeren Personenkreis macht. — Der Gerichtshof beschloß Vertagung und Vorführung des Grafen Pädler zum nächsten Termin.

Der zweite Elberfelder Militärbesetzung-Prozess (Baumann u. Gen.) kam am Samstag vor dem ersten Stroffenale des Reichsgerichts in Leipzig zur Verhandlung, da sowohl die Verurteilten als auch der Staatsanwalt Revision eingelegt hatten. Das Urteil sollte gestern mittag verkündet werden, die Verurteilung wurde indessen auf Montag, den 21. Oktober, vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Rixdorf hielt am 8. Oktober eine gütliche Mitglieder-Versammlung ab. Der Vortrag des Naturarztes Herrn Grundmann über „Frauenleben und Leiden“ wurde mit regem Interesse angehört und wiederholt mit reichem Beifall belohnt.

Frauenbildung. In die erste Lateinklasse des Gymnasiums in Ludwigsburg (Württemberg) wurden zwei Mädchen aufgenommen.

Centralverband der Konditoren und verw. Berufsgenossen. Heute Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldersstraße 57: Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Verichte (Herausgeber Dr. J. Jostrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitennachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 2 des 5. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Kongress der internationalen Vereinigung für geschlechtliche Arbeiterschaft. Offizielle Anerkennung der Arbeiterorganisationen. 5. Kongress der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Unbefriedigende Abwärtstendenz. Erzeugungseinschränkung in der Bräunungsindustrie); Steine und Erden (Ueberproduktion im Gementgewerbe. Ende des Glasarbeiter-Streiks); Holz- und Schnitzstoffe (Zahlungschwierigkeiten und Preisfall im Holzgeschäft); Bekleidung (Forderungen der Konfektionsarbeiter); Baugewerbe (Bauthätigkeit in Berlin und im oberdeutschen Industriegebiet); Graphische Gewerbe (Abbruch der neuen Tarifvereinbarung im Buchdruckgewerbe). — Statistisches Monatsmaterial: Weiterbericht. Arbeitsnachweise. Krankenlisten. Streifenverzeichnis für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Haushaltpolitiken. Konsum: Berliner Mischung. Ermäßigung der Zuckerverste. — Vermaltung der Arbeitsnachweise: Bewegung für kommunale Rathwerke in der Schweiz. Vereinfachung der staatlichen Arbeitsnachweise in Amerika. Lehrlingsvermittlung in Wien. — Arbeitslosen-Fürsorge: Gewerkschaftliche Arbeitslosigkeit und Bauwirtschaft. Verfügung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten. Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit in Fogen I B. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über September 1901.

Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München. J. Schönböcher Verlag (Arthur Schäfer). Das sechste erscheinende Heft 10 des 34. Jahrganges hat folgenden Inhalt: Der Konturs der Altengesehichte. Von Dr. Julius Goldstein in Nürnberg. — Die Tabaksteuer in Deutschland. Von Franz Graf, Oberstaatssekretär in Posen. — Das kaufmännische Auskunftsweesen. Von Dr. Heinrich Köhler in München. — Handelsverträge und Handelspolitik. Von G. Wiesinger, Oberkonsul in Altona. — Das rechtliche Zustandekommen des bairischen Willkürrechts. Von Dr. P. Helm, Professor in Erlangen. — Miscellen.

Vom „Süddeutschen Postillon“ ist fobden die Nr. 21 erschienen.

Vermischtes.

Ein in den Annalen der Eisenbahngeschichte wohl noch nicht dagewesenes Vorkommnis spielte sich gestern nacht zwischen 12 und 1 Uhr in dem Bahnhof Ludwigs bei München ab, der erst kürzlich der Schaulay eines Raubmordversuches war, den der Stationsaufseher Stadler glücklich abwehrte. Seit dieser Zeit geht das Personal dieser Station nicht mehr unbewaffnet zum Dienst. In gestriger Nacht nun hatte wieder Stadler den Dienst in Ludwigs zu versehen. Er legte sich nach Durchfahrt des letzten Schnellzugs von Wien um 12 1/4 Uhr nachts zu kurzer Ruhe auf das Dienstbett. Schlimmeres wahrcheinlich hierbei ein und nahm deshalb nicht wahr, daß der fällige Güterzug nach Rosenheim bereits vom Münchener Ostbahnhof abgegangen und abgelauert war. Der Güterzug hielt in Ludwigs an, weil er Wagen abstellen oder mitnehmen sollte, und da der Zugführer Braun aus Rosenheim niemand vom Stationspersonal auf dem Perron sah, ging er zum Dienstzimmer und öffnete dessen Thüre, um den Diensthabenden zu finden. Letzterer saßredte bei dem Eintritt des Zugführers jäh von seinem Lager auf, griff nach dem bereitgelegten scharfgeladenen Revolver und schoß auf den Eintretenden, den er in seiner Aufregung für einen neuen Eindringler hielt. Stadler traf leider nur zu gut; der Zuführer Braun wurde durch das Herz geschossen und starb fast augenblicklich. Er sank zu Boden, wurde von den herbeieilenden Beamten und dem fast verzweifenden Stationsaufseher Stadler auf die Matratze gebettet, und alles wurde versucht, den Unglücklichen ins Leben zurückzurufen. Vergeblich! Der später erschienene Arzt konnte nur den Tod fest-

stellen. Der Güterzug aber mußte weiter und setzte ohne seinen Zugführer die Fahrt fort. Eine Gerichtskommission begab sich sofort an den Thator.

Der verschüttete Brunnenbauer Thiele lebt noch, wie aus Grima von gestern vormittag gemeldet wird, man war gestern früh bis auf einen Meter zu dem Verunglückten vorgezogen. Seit gestern ist ein Kommando Pioniere mit den Rettungsbearbeiten beschäftigt, ebenso Brunnenbauer unter Führung des Vaters Thiele. Die Pioniere haben auf der einen Seite einen Schacht 18 Meter tief getrieben und dann einen Stollen seitwärts nach dem eingestürzten Brunnen zu, die Brunnenbauer auf der andren Seite einen Brunnen in derselben Tiefe. Auf beiden Seiten war man bis auf einen halben Meter zu dem Verunglückten gelangt, aber durch den Erdboden an der Fortsetzung der Arbeiten vollständig gehindert worden. Dann hat man mit der Eintreibung von Dampfseilröhren begonnen, um damit die Erdbodenfläche zu überwinden. Hoffentlich gelangt es auf diesem Wege, den Aermsten aus seinem unterirdischen Gefängnis zu erlösen. Es ist ihm möglich, in dem Hohlraum, in dem er sich befindet, zu sitzen und zu liegen. Auch kann er sich verständlich machen; wie er mitteilte, hat er jetzt durch Kälte ziemlich zu leiden.

Ein gräßlicher Vorfall wird aus D i n g e n (Württemberg) vom 15. Oktober gemeldet: Gestern abend 1/211 Uhr wurde in der Nähe der Eisenbahnstation ein mit leeren Weinflässern beladenes Fuhrwerk von einem heronbraufenden Zuge erfasst und vollständig zertrümmert. Ein Mann wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt.

Die Luftballonfahrt über das Mittelmeer, die der Graf de la Vaulx gestern von Toulon aus unternahm, ist mißglückt. Der Ballon nebst seinen Insassen ist vom Kreuzer „Du Chahia“, der sie im Meere treibend angetroffen und aufgenommen hatte, wieder in Toulon eingebracht worden. Vorher war berichtet worden, daß der Ballon über die Balearen seinen Weg hat nehmen müssen und für den Fall, daß das Experiment geglückt wäre, im äußersten Westen von Alger hätte landen müssen.

In Brüssel entstand im Hotel Continental am Montag verunfallt infolge eines Fehlers an dem elektrischen Apparat für ein auf dem Hause befestigtes leuchtendes Nefflameschild ein großes Feuer, durch das das Obergeschoss zerstört wurde. Bei den Löscharbeiten stürzte eine große Leiter, die vor der Front des Hauses aufgestellt war, um, als sich mehrere Feuerwehreinheiten auf ihr befanden. Zwei der letzteren wurden verlegt, davon einer schwer. Der Andrang der Menschenmenge bei dem Brande war so gewaltig, daß die absperrenden Feuerwehr-Bannschaften die Place de Brouckere mit Gewalt räumen und Polizei und Militär blank ziehen mußten. Letzteres wurde mit Pfeifen und Sirenen empfangen. Dem „Petit Bleu“ zufolge waren die Soldaten genötigt, viermal vorzugehen. Gerichtsweise verlautet, daß zahlreiche Beunruhigungen vorgekommen und verschiedene Personen durch Fußschläge von Pferden verletzt seien.

Ein Beschluß, der in Berlin das Kopfschütteln des streng antisocial denkenden Kommunalfreiwins erregen wird, ist kürzlich vom Stadtrat von Freiburg im Breisgau gefaßt worden. Hiernach sollen allen Hausbesitzern und Mietern, die über einen Ballon verfügen, von der Stadtgärtnerei unentgeltlich Schlingpflanzen zur Verzierung des Ballons abgegeben werden. Das Stadtbild, das sich schon jetzt durch den Schmutz der fast in allen Straßen vorhandenen Bäume auszeichnet, wird dadurch eine neue Farbe erhalten. Hoffentlich halten sich die Schlingpflanzen auf den Ballonen in maßvollen Schranken und lassen das Stadtbild nicht aus dem zulässigen Rahmen einer gemüthvollen Darstellung heraustreten.

Ein Monarchist. Auf dem Schaafst ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht hat der am Mittwoch früh in Gorkig hingerichtete Raubmörder Emmerich, der am 2. Februar d. J. seine That, eine 78 Jahre alte Witwe, durch 14 Weiltüde ermordet und beraubt hatte. Auf der Hinrichtungsstätte angelangt, wurde dem Verbrecher die Rabinetsorder vorgelesen, dahin lautend, daß der Monarch von seinem Verurtheilungsrecht keinen Gebrauch mache. Nachdem dem Delinquenten auf seine Bitte die Unterschrift des Kaisers gezeigt worden war, rief er plötzlich laut: „Es lebe Kaiser Wilhelm II.“ und wandte sich dann an den Scharfrichter mit den Worten: „Machen Sie es kurz“, worauf in 5 1/2 Sekunden der Berechtigtheit genügt war.

In Ludwigsburg ist eine Tollwut-Epidemie ausgebrochen, der 80 Personen zum Opfer gefallen sind.

Marktpreise von Berlin am 14. Oktober 1901
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D. Gr.	—	Rartoffeln, neue, D. Gr.	8 —	5 —
— mittel	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,70	1,30
— gering	—	—	— do. Bauch	1,40	1 —
† Roggen, gut	13,70	—	Schweinefleisch	1,80	1,80
— mittel	—	—	Rohfleisch	1,80	1,10
— gering	—	—	Schmalz	1,80	1,10
* Weizen, gut	14,40	13,70	Butter	2,80	2 —
— mittel	13,60	12,90	Eier 60 Stk	5,00	2,40
— gering	12,80	12,20	Karaffen 1 kg	2,20	1,30
* Weizen, gut	16,10	15,20	Kafe	2,50	1,20
— mittel	15,10	14,30	Banben	2,60	1,20
— gering	14,20	13,40	Seide	2,20	1,20
† Weizen, gut	7,66	7 —	Waris	1,80	0,80
— mittel	8,40	6,10	Seife	2,80	1,20
— gering	40 —	25 —	Weste	1,40	0,80
Speisekohlen	50 —	25 —	Reide	16 —	3 —
Wen	60 —	30 —			

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 15. Oktober. Heute machte sich etwas Konsumfrage geltend, die den Getreidemarkt glänzend beeinflusste. Neben effektivem Getreide war auch für Wehl gefeigertem Interesse vorhanden und der Preis für diesen Artikel lag etwas an. Im Lieferungsheftel waren namentlich nahe Sichten zu höheren Preisen gesucht, während Waalierungen eher angeboten waren. So notierte Roggen per Dezember 1/2 Markt höher, per Mai 1/2 Markt niedriger als gestern. Südrussisches Produkt mittlerer Qualität wurde per März-April-Abladung mit 99/100 gehandelt. Weizen, gut am Frühmarkt 1/2 Markt an und gab mittig wieder nach, blieb jedoch gegen gestern gut behauptet. Amerika kam etwas höher, Oesterreich-Ungarn war in Anspruch, hinten leicht abgeschwächt. Am Futtermarkte blieb Hafer ruhig bei gut behaupteten Preisen, Mais ohne Geschäft, nominell unverändert. Kaffee war ohne Umzug.
Spiritus gab 60 Pf. nach; Wer loco stellte sich auf 37 R. Wie wir hören, hat der Ring den Spiritus um 1/2 R. herabgesetzt. Schluss für Getreide Dezemderlieferungen fest.

Witterungsübericht vom 15. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. h. über Meer	Windrichtung	Witterung	Temper. h. C.	Stationen	Barometerr. h. über Meer	Windrichtung	Witterung	Temper. h. C.
Erlangen	761,5	1 bedekt	10	10	Paparanda	775,5	—	bedekt	3
Hamburg	761,5	—	Rebel	7	Petersburg	—	—	—	—
Berlin	762,5	1 bedekt	10	10	Gort	760,5	—	wollig	8
Frankf./M.	761,0	2 wollig	4	4	Aberdeen	—	—	—	—
München	762,5	5 bedekt	1	1	Paris	754,5	—	bedekt	9
Wien	762,5	1 bedekt	9	9					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. Oktober 1901.
Bleibend heiter, nachts etwas kühl, am Tage mild bei schwachen nördlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die jarkische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
J. W. Seibronn. Das Protokoll des Parteitag ist jetzt erschienen. Darin finden Sie alles Richtig. Nach dem Parteitag ist in der Angelegenheit noch nichts weiter geschehen. Das geschehen wird, wird im „Vormärts“-Bericht werden.
G. W. 105. Obem fiel 1872 auf den 31. März, also war der 4. Feiertag am 3. April.
Kandlat. 1. Ja. 2. Nein. 3. Alle Rind.

6. D. 1865. Nur falls sie durch legitime Verfügung als Erben eingetragt werden. — 16. 11. 79. Ja. — G. 2. In Kündigung ausgedehnt, so hat der Arbeitgeber demnach für den Tag, an dem er die Kündigung des Arbeitsverhältnisses auspricht, voll zu zahlen. — B. 1. 1. 2. Mit Nachhand und bei Annahme milderer Umstände mit mindestens sechs Monaten Gefängnis ist Abtreibung bestraft. 3. 2. 4. Dittler Kinder muß sich die Armenverwaltung (Waisen-direction) annehmen. — R. ... insl. 1. Ueber Reisegelegentheiten, Fahrpläne, Reisen erhalten Sie durch das Reichs-Kursbuch und in den amtlichen Anzeigebögen (Bahnpost-Anzeigebogen und Anzeiger der Reichsbahn) zuverlässige Auskunft. 2. Ueber die Kosten des Lebensunterhalts in St. können wir Ihnen eine zuverlässige Auskunft nicht geben.

Geometer. Wenden Sie sich an das Central-Direktorium des Landes-vermessungswesens, Berlin, Fernstraße 2. — D. 24. 999. Rein. — Heinrich Pöster. Aufhänger für eine Kugel ist das Amtsgericht, bei dem Sie ohne Anwalt Klagen können. Ob die Kugel auf Erfolg hat, läßt sich ohne Einsicht in das Statut nicht sagen. Für die Klagen, von denen Sie sprechen, benötigen Sie sich wohl Bezeugen und berichten und dann unter genauer Angabe auch der Seiten, damit dann recherchiert werden kann. — J. 6. 1. Die Heiratsurkunde für die Zivilstandsamt haben Sie nur zu diesem Zwecke gebührenfrei erhalten; sie bleibt bei den Akten. 2. Den Staatsangehörigkeits-Ausweis können Sie zurückverlangen. 3. An das Polizeipräsidium ist der Antrag auf Naturalisation zu richten. Ein Formular zur Naturalisation können Sie durch den Vorstand Ihres Wahl-

vereins erhalten. — R. 20. 1901. Die Weihen sind am 6. November. — Rostocker. 21a. Der Wirt ist zum Ertrag der durch den Sturm geräumten Scheide verpflichtet, falls nicht, was wahrscheinlich der Fall ist, das Entgegensteigen durch Ihren Vertrag vereinbart ist. — Gulda 9. 1. Eine weitere Klage wäre monoton. Krankenversicherungspflichtig sind Sie nicht, da in gültiger Weise eine Kündigung der sechsmonatlichen Kündigungsfrist nicht vereinbart ist. Wohl aber steht Ihnen ein Anspruch auf Zahlung des Gehalts und Innehaltung der sechsmonatlichen (zum Quartalswechsel) zu. Sollte Ihr Prinzipal das Gehalt nicht gezahlt haben — Ihre Darstellung ergibt hierüber nichts — so können Sie mit Erfolg auf Zahlung des Gehalts klagen. Rechtsanwalt Heinemann wohnt Kronenstr. 8, Nebentrecht an der Spandauerbrücke 8. — D. 100. Das wissen wir nicht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 16. Oktober.
Opernhaus. Fidelio. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Figaros Hochzeit ober: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Einfame Menschen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Lessing. Die See Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. — Border: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Derles Offenrons Hundes Brett. Anfang 8 Uhr.
Central. Große-Große. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Bei kleinen Deuten. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Handkriecher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Velle-Miliane. Talolo. Anfang 8 Uhr.
Cafino-Theater. Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbieren. Anfang 7 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 6 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Berliner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Landstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Im Horsaal: Dr. G. Nass: „Die Elemente des Wassers“.
Invalldenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr Sternwarte.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Im Horsaal:
Dr. G. Nass: „Die Elemente des Wassers“.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare
6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pfordern der Welt und Pracht-Equipage!

Passage-Panopticum
der Haar-
Sascha, Athlet.
Panorama: Die Schlacht bei Wörth.
Die singende Bogensampe.

Apollo-Theater.
Auf vielfaches Verlangen noch einige Tage:
Frau Luna
mit dem Luftballons
Grigolatis.
Ferner:
die vorzüglich. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: König Aqua.

Metropol-Theater.
Schön war's doch!
Gr. Berliner Ausstattungspose mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet!
Anfang 8 Uhr.
Ranochen überall gestattet.

Passage-Theater.
Anfang wochent. 5. Sonntags 3. Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.
Adelina Sozo
Prima ballerina assoluta.
Traudchen Hundgeburth
die Kuhmagd a. d. Rheinlande.
Hiasl und Franzl,
die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler.
17 erstkl. Nummern.

W. Noacks Theater.
Friedrichstr. 16.
Maria Stuart.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich v. Schiller.
Donnerstag:
Die Elfe vom Erlenhof.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Dortliches Programm, u. a. „Bosco“.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Figaros Hochzeit ober: Ein toller Tag.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Beaumarchais. Für die deutsche Bühne übersetzt und bearbeitet von Franz Dingeldey.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Jugend.
Freitagabend 8 Uhr:
Figaros Hochzeit ober: Ein toller Tag.

Central-Theater.
Gute Anfang 7 1/2 Uhr:
Girolé-Girolé.
Operette in 3 Akten von Ch. Lecocq.
Schauspieler: Damen: Frau Berber, Jenny Widner, Theresia Delma, Luise Albes. Herren: Karl Schulz, Edmund Kunz, Emil Sondermann.
Donnerstag: Die Geisha. — Freitag: Der Vogelhändler. — Sonnabend: Die Geisha. — Sonntag: Der Vogelhändler. Abends 7 1/2 Uhr: Die Geisha.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Bildern. Paula Worm in 8 Verwendungen. Guido Thielscher in 11 Verwendungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boja. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
(früher Fern-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Ganz Berlin amüsiert sich über das neue kolossale
Oktober-Programm
15 Sensations-Nummern.
Ganz Berlin lacht um 8 1/2 Uhr
Direktor Wilhelm Fröbel in der erfolgreichen Operette
Weibliche Barbieren!
Neueste Tagesereignisse!
Lebende Aussen-Photographien etc.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Billetvorverkauf von 11-1 Uhr.

Frauen! Achtung! Männer!
Am Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Eiskeller“, Chausseestraße 88:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Robert Seidel (Zürich) über: „Die Geschlechtertrennung in der Schule“ — 1/8
ine pädagogische Stunde. 2. Diskussion.
Hochfreudiges Erscheinen ist erwünscht.

III. Wahlkreis.
Freitag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Robert Seidel (Zürich) über: „Die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie in der Schweiz.“ 212/4
2. Diskussion.
Regel Beteilung der Genossen und Genossinnen erwartet.
Der Vertrauensmann.

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Raabe, Fichtestraße 20:
Volks-Versammlung
Tagesordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über:
Die Vertenerung der Lebensmittel und die Konsum-Genossenschaften. 265/6
Die Frauen sind ganz besonders hierzu eingeladen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Heute, Mittwoch, abends 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Der Umfassung in der Rechtsprechung des Arbeitsvertrages. Referent Rechtsanwält Dr. Heinemann. 2. Verhaftungsfreiheit und Differenzen. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstätte muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Bezirk Rummelsburg.
Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Beuthling, Ecke Kant- und Goethestraße:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen R. Ahrens. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Berichtlesen.
Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, bei John, Wilhelmminnenhofstraße Nr. 18:
Bezirks-Versammlung für Ober-Schöneweide.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Agitationskommission und Verbandsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Weizensee. Achtung!
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kühne, Köllnische Str. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Dr. Wollhelm über: „Lust und Leben“. 3. Diskussion. 4. Bericht und Neuwahl des Gewerkschaftsdelegierten. 5. Gewerkschaftliches. 109/16
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
Freitag, 18. Oktober, nachm. 5 1/2 Uhr, bei Koll. Münger, Rixdorf, Kuefelerstr. 113:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kasernenbericht vom 3. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Rechenschaftskommission. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Rechenschaftskommission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vortrag unfreiend Dr. Schöps über die neuesten Polizeiverordnungen. 6. Diskussion. 7. Vereinsangelegenheiten. 69/30
Die Mitglieder werden ersucht laut §§ 2 und 4 unfreiend Statuts bei Bezahlung ihrer Mitgliedsbeiträge ihr Wahlvereinsbuch vorzulegen.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. J. H. Ferdinand Ewald.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr! Abends 8 Uhr!
Berliner Rangen!
Große Ausstattungspose mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. H. Albert. Musik von H. Leonard.
Morgen: Berliner Rangen. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Aschenbrödel.

Charlottenburg.
Donnerstag, 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambrius-Bräueri, Wallstr. 94:
Grosse Kommunalwähler-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referenten Stadtverordnete Curt Baake und Paul Hirsch. 203/13
2. Anfrage der vom Sozialdemokratischen Wahlverein aufgestellten Kandidaten.
3. Diskussion.
Frauen haben Zutritt.
Der Einberafer.

Casino-Theater
Lothringerstrasse 39.
Von heute den 16. Oktober an:
5 neue Debüts
u. a. M. Resteps, zum erstenmal in Berlin. — Die drei reisenden Silvia — Steidl.
Berlin N. — Berlin W.
Anf. wochent. 8. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.
Mittwoch, 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Die größte Attraktion der Feiertage! Herr Maximilian 5 Elefanten.
Brose mit einem uncopyierbaren u. a. M. Resteps, welcher mit seiner neu erfundenen Elefanten-Nummer auftritt wird. Ferner das übrige vorzügliche Programm. Zum Schluss um 5. Male: Die Senation erregende große Ausstattungspantomime in 5 Akten.
A Travers Paris
(Quer durch Paris)
mit dem Schiffsst. Nordseebad Scheveningen.
mit hervorragenden Licht u. Wassererleuchten von René Louis, Paris. Musik von Emile Dolore, Paris. Einladend von Balletmeister Pratesi. In Scene gesetzt vom Direktor Albert Schumann.

Cirkus Albert Schumann.
Ranz-Gebäude. Karlstrasse.
Mittwoch, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Abend.
u. a. erstes Debüt des uncopyierbaren M. Ephraim Thompson, welcher mit seiner neu erfundenen Elefanten-Nummer auftritt wird. Ferner das übrige vorzügliche Programm. Zum Schluss um 5. Male: Die Senation erregende große Ausstattungspantomime in 5 Akten.
A Travers Paris
(Quer durch Paris)
mit dem Schiffsst. Nordseebad Scheveningen.
mit hervorragenden Licht u. Wassererleuchten von René Louis, Paris. Musik von Emile Dolore, Paris. Einladend von Balletmeister Pratesi. In Scene gesetzt vom Direktor Albert Schumann.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Wiedereröffnung von Adolf Hoffmann.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Säger.
Nach jeder Solen: Tanz. Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert. Freitag 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr. Freitag 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säte zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Großer schöner Geschäftskeller
für Milchhandel oder Bierverlag passend, sofort zu vermieten. Friedrichstr. 45. 10870*

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Citten).
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 14. Oktober, starb unser langjähriges Mitglied, der Cigarrenarbeiter
Hermann Wolfner.
Seine letzten Wünsche!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Friedrichshain aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Codes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß Romagrosch unser ältestes Mitglied und Genosse
Hermann Wolfner
nicht mehr leben ist.
Die Beerdigung findet von Leichenhalle „Krankenhaus Friedrichshain“ nach Wilhelmshagen am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr statt. (299/1)
Handlung „Kernliche“
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der väterliche
Paul Herlich
am Sonnabend, den 12. d. M., um 6 1/2 Uhr plötzlich verstorben ist.
Dies zeigen hierdurch an
Frau Amalie Herlich nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. M., um 4 Uhr von der Leichenhalle d. Freiwilligen-Friedhofs, Doppel-Klee, aus statt. 1136b

Interessen-Berein der Kistenmacher.
Sonnabend, den 12. d. M., bei starkem Regen
Wilhelm Kloss
Werkstatt von Joh. Anflamerstraße.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 16. d. M., vom Krankenhaus am Urban nach dem Neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße, um 1 1/2 Uhr nachmittags statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die rechtlichen Ratsgebungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir unsern aufrichtigen Dank.
1142b
Ada Michelsen nebst Kindern.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungsort
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Wo amüsiert man sich grossartig?
in **Schnegelsbergs Festsälen**
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Dir.: Max Schindler.
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
verbunden mit Cigarren-, Soubon-Regen und überaus Heberausungen. 24412*
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Eintritt frei.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Freitag 7 Uhr. Samstag 6 Uhr. Sonntag 5 Uhr.
Nur erstklassige Spezialitäten. J. M. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.



36 Mark
elegante Winter-Paletots.
30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge.
12 Mark 2472L.
schwere Winter-Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadellos gearbeitet.
14 Krausenstr. 14,
1 Kr. kein Laden 1 Kr.



ca. 200 MONTEURE

Brenner reinigen, Leitung nachsehen usw. sofort an unser Centralbureau oder die Filiale Ihres Bezirks (letzteres gestattet die schnellere Erledigung) per Karte oder Telefon gelangen zu lassen. Wo nötig, erfolgt kostenfreier Besuch unserer Ingenieure und Meister.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft), Berlin.

Fernsprecher: Amt I 1942, 3924, 3925.

stehen den Auer-Gasglühlicht-Konsumenten Berlins täglich zur Besorgung ihrer Beleuchtungsanlagen zur Verfügung. Wir bitten daher, alle Wünsche, wie Lampen nachsehen, Auerstrümpfe aufsetzen, Beleuchtungskörper anbringen, per Karte oder Telefon gelangen zu lassen. Wo nötig, erfolgt kostenfreier Besuch unserer Ingenieure und Meister.



Patzenhofer Marine-Bräu
ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichnetster Bekömmlichkeit. [3846L*]

Preis frei Haus:
30 Fl. M. 3.—
1/2 To. M. 3.25
1/10 To. M. 2.65

Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24/27.
NW., Strom-Strasse 11/16.

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.
E. G. m. b. H.
Heute Eröffnung der 10. Verkaufsstelle:
Johannisthal bei Senftleben.

Verkaufsstellen:
Berlin SO.: Bicklerstraße 31.
" " Falkensteinstraße 6.
Rixdorf: Zietzenstraße 31.
" " Hobrechtstraße 82.
" " Rosenstraße 4.
Britz: Werderstraße 33.
Treprow: Baumschulenstraße 36.
Oberschöneweide: Edisonstraße 4.
Steglitz: Schloßstraße 87a.
Johannisthal bei Senftleben.

Grösstes Möbel-Kaufhaus
für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf
!!Credit!!
bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000
und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
S. Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinenstr.
auf die 7 grössten Schaufenster zu beachten

Achtung! Für Arbeiter! Achtung!
Gelegenheitskäufe in guter getragener Herren- und Knaben-Garderobe, im Verkauf verfallener Garderobe, Uhren, Ketten, Ringe, großes Lager in Winter-Paletts und Betten nur allein bei

L. SOMMERFELD
Dranienstraße 195
— Ecke Heinrichs-Platz, Eingang Mariannenstraße (im Keller). —

Neueste Nachricht!
Vollständige Wohnungs-Einrichtung
für Mark **250.** [24409*]

Sofas
Betten mit Federboden und Kissen von Mark 30 an
Plüschgarnituren 30
Plüschsofas 100
Büchertische 90

Eberhardts Möbelfabrik, Berlin O., Holzmarktstr. 21.

Gr. Meissner Geld-Lotterie.
Ziehung bestimmt 26. Oktober bis 2. Novbr. d. J.
13 160 Geldgewinne und 1 Prämie, zusammen
375 000 Mark baar.

Die Hauptgewinne sind im glücklichsten Fall
ov. 100 000, 60 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. etc.

Original-Lose a 3 M. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme.
Coupons und Briefmarken [2462L*]

Neubauer & Co. Bank-Geschäft Berlin W., Friedrichstrasse 195/199, Ecke Krausenstr.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. [24072*]

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2 12—1/2 3, 1/2 6—1/2 8.

Wer Stoff hat!
fertige unter Garantie tadelloser Stoffe, gute Zuthaten, Anzug 18 M., Winterpaletot 18 M.

Alexander Schmidt,
Wienerstr. 1-6, Ecke Stallierstraße, vorn 1 Tr.
Eingang von Stallierstraße ans. Mit Stoff Anzug von 27 M., Winterpaletot v. 28 M. an [2284L*]

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig.
Tomporowski, Schneidermeister, Naanderstr. 16. II.

Buchen- u. Eichenholz
ist als Ofenfeuerung besser wie Kohlen. Zu den billigen Preisen liefert daselbe Ofenrecht gezeichnet [24099*]

W. Jonetz, Bäckerstr. 61.

Meissner Geld-Lotterie
Ziehung vom 26. Oktober bis 2. November 1901
Höchster Gewinn 100,000 M.
im günstigsten Fall:
2569L* in Summa 13 160 Gewinne ohne jeden Abzug zahlbar.
für Porto und Gewinnliste 30 Pfennig extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Carl Heintze, Bankgeschäft, Berlin W., Unter den Linden 3.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restoration, altes Geschäft, Arbeiterverehrungslokal, fränkischer Halber zu verkaufen. Näheres bei Tempel, Große Frankfurterstraße 16. [140*]

Grünramengeschäft, gut gehend, anderer Unternehmungen halber zu verkaufen. Kaufamt erteilt Sittmann, Watterstraße 7, I. [1125b]

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. [137*]

Herren-Garderobe, auffallende Sparnis, Rohabteilung Engrosfirma Kadisch Laband, Spandauerstraße 76.

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletts und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verandahaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Knabenanzüge, Knabenjoppen, Knabenpaletts, spottbillig, Kleinauswahl, Rosenbergl., Kottbuserdamm 93.

Rosenberg, Kottbuserdamm 93. Mädchenkleider, Mädchenjassen, Mädchenmäntel, enorme Auswahl, Rosenbergl., Kottbuserdamm 93.

Resthandlung, Stoffe zu Damenjackets, Copiedstoffe, Krimmer, Plüsch, Wollstrich, Pelz, Pelzbesätze in enormer Auswahl. Keine zu Knabenanzügen, Paletts, Kinderanzügen, Juwelien gratis. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Rosenberg, Kottbuserdamm 93. Billige Einlaufschuhe, Damenjackets, Sackpaletts, Damencapes, Hüde, Krimmertragen. Spottbillige Pretie. [8778*]

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. [8088*]

Möbel auf Teilzahlung Pringensstraße 62. [771*]

Nähmaschinen, preiswerte Be-
zugsgewinne, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Vandsbergerstraße 82, Spandauerstraße 60/61. [1121b]

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinenbunnen Pfund 1,90, Federlager Vandsberger Allee Nr. 37, I. [8428*]

Spottbillig, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remonturwägen, Regulatoren verkauft Reichhaus Reanderstraße 6. [791*]

Kinderwagen, Sportwagen, Kleinauswahl, Bazar Baby, Juwelenstraße 100, Frankfurterstraße 115, Dranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Kleinfelderstraße 24, o. Charlottenburg, Wilmerdorferstraße Nr. 55, Teilzahlung gestattet. [7222*]

Teppiche mit Gardinenschleier, Federlager Große Frankfurterstraße 9, parterre. [137*]

Fahrräder, Jahresgarantie, 80,00, Schadel, Schmidstraße 8. [795*]

Nähmaschinen und Feuer-Bericherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. [857b]

Nähmaschinen, sämtliche besseren Systeme. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Turmstraße 39, 2. Geschl.: Bernauerstraße 47b. [8632*]

Haarfarbmittel, unübertroffen, Ueberzeugungshalber fünfzig Pfennig. Große-Bäcker, Charlottenstraße 3.

Steppdecken billig Fabrik Frankfurtstraße 9, parterre. [137*]

Möbelschleifer kaufen garantiert teill und gediegen gearbeitete Möbel, Aufschlupfen 28, Säulenpfenden 50, Turmeau geschliffen 45, Plüschsofas 65, Rückenstuhl. Eigene Werkstätten. Dirchowitz, Mariannenstraße 7a. [8888*]

Kolonialwaren, Obst, Gemüse, mit Rolle, ist fränkischer Halber billig zu verkaufen Högauerstraße 31.

Restoration verkauft Wangel-
straße 68. [11406*]

Reisenapfel, Bierleckenner frei Haus drei Mark. August Heine, Halberstadt. [1148b]

Wasserdichten! Sparstrome! Sechsb, Nean, Restkosten 13,00, Zweilochgaslöcher 3,00, Dreilochgaslöcher 9,00, geschlossene Gaslöcher 10,00, Gasbratöfen 8,00, Gasplättchen billig! Wohlfahrer, Wallnerstraße 11, zwei- und dreifach. [1151b]

Vermischte Anzeigen.

Vortrag über Naturheilverfahren Mittwoch, abends 9 Uhr, Straußbergerstraße 3, Kocher: Kranzsch.

Patentanwalt Dammann, Wollplatz 57, Auskunft bis abends neun. [7672*]

Unfallfachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. [934b]

Rechtsbureau, Zeltwerstraße fünfundsiebzig, Eingabengeduld, Raterteilung. [8172*]

Rechtsbureau "Wehen", Potsdamerstraße 26b, Raterteilung durch königlichen Landgerichtsrat a. D. Romualdation 1,00. Unentgeltlich Honorarbindung. [10906*]

Rechtsbureau, Civilsachen, Strafsachen, Gnabengeduld, Steuerfachen, Schenkensachen, Rat, Rechtsangelegenheiten. Julius, Kaiserstraße 65.

Steinmetzerei von Frau Kofsky, Steinmetzstraße 48, Duergebäude hochparterre.

Bücherantoni und Verleihung Gannemann, Kochstraße 56, I, Amt 6, 3307. [8872*]

Weberlegikon, Brodhaus und alle andern Bücher kauft, beiläufig Gannemann, Kochstraße 66, I, Amt VI, 3307. [8862K*]

Jeden Posten Zuschüsse kauft Broderick, Doppelstraße 18. [10146*]

Metallbruch oder Art kauft Broderick, Doppelstraße 18. [10136*]

Augustabad, Köpnickstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankensassen. [7362*]

Barthels Gesellschafts-Bälle, Taffelstraße 41, Säte, Vereinszimmer, Winter-Regelbahn zu vergeben. [8802*]

Wernau's Heilbäder, Schwedterstraße 23. Der 23. und 24. November (Totensonntag) frei geworden. [1455*]

Achtung! Empfehle meine Restauration zur freundschaftlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Piano noch einige Tage in der Woche frei. Paul Robus, Andreadstraße 33. [8056*]

Vereinszimmer, geräumig, Einconstraße 29. [8452*]

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Radfahrer. Rudolf Juran, Raunstraße 86. *

Heute, Mittwoch: Großes Wirtshaus, wozu freundlichst einladet der Wirt Hermann Volke, Gänseburgerstraße, Stadtbahnhofen 391.

Vand zu verpachten, 1850 Quadrat-Ruten, an Landeshofen, Offenstraße, nahe der Köpnick'schen Landstraße, Treprow. Zu erfragen bei H. Datterich, Gauerstraße 21. [1116b]

Rechtsbureau, Rechtsfälle, Eingabengeduld, Raterteilung, Andreadstraße dreizehnfach. [1147b]

Achtung! Auf vielfache Anfragen und um Irrtümer zu vermeiden, erkläre ich hiermit, daß ich vor wie noch ringfreie Milch fahre. Bitte die Hausnummer zu beachten. Emil Klein, Milchhändler, Anklamerstraße 40. [1455*]

Fahrrad kauft Wollsch, Pappelallee 116. [11506*]

Jeht Mark Belohnung demjenigen, welcher bräunlichen Reibmittels (Händin), lange Ohren, kurze Schwänze, wiederbringt. Döring, Eichtenberg, Krugberg. [1116*]

Vermietungen.

Zimmer.

Leere Stube zu vermieten. Börner, Dredenerstraße 97, Seitenflügel. [1*]

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle jungen Mann zu vermieten. Bergend, Bergmannstraße 27. [1134b]

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Pringensstraße 68, 3 Treppen. [1135b]

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlweber bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Puldastraße 27, H. Gähler.

Stellenangebote.

Tüchtige Farbmalger für bessere Sorten verlangt Barthels, Goldbleichenfabrik, Michaelstraße 17. [1134b]

Rahmenmacher verlangt J. Vajaras, Alexandrinenstraße 22. [1140b]

Tüchtige Farbmalger verlangt Gammersbach, Krautstraße 39. [1141]

Tüchtiger Einballeter auf Goldbleichen verlangt August Wertmeier jun., Brunnenstraße 194. [1140b]

Lehrmädchen verlangt Herrmann, Spandauerstraße 109a. [135/7]

Arbeitsnachweis
Deutscher Goldschmiede, Engel-Hfer 15:
Für Berlin sofort ein tüchtiger Dammarbeiter, der alles machen kann. [119/18]

Ein kleiner Kreis von Freunden bereitet in der Nähe einer Grossstadt eines der schönsten Länder die Gründung eines kooperativen Gemeinwesens vor, zu dessen finanzieller Sicherung die Erträge eines in Deutschland bestehenden Unternehmens beitragen sollen.
Für letzteres und zur späteren (ev. auch kapitalistischen) Beteiligung an ersterem wird tüchtiger Kaufmann, selbständiger Arbeiter von gediegener Bildung vornehmlich Charakter u. erprobter sozialistischer Gesinnung (gegen Fixum v. anfänglich 18-2500 M.) gesucht.
Genauere Offerten sub E. 4 an die Expedition erbeten.